

Abschlussbericht

für das

Projekt

zur Durchführung
des bundesweiten Wettbewerbs



AZ: 25345 - 43/2

April 2011

Vorgelegt von:
Deutsche Umwelthilfe e.V.
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell

Autoren:
Robert Spreter (Projektleitung)
Oliver Finus

Projektkennblatt

der
Deutschen Bundesstiftung Umwelt



Az	25345	Referat	43/2	Fördersumme	268.437 €
Antragstitel		Bundeshauptstadt im Klimaschutz			
Stichworte		Umweltwettbewerb, Kommunen			
Laufzeit	Projektbeginn	Projektende	Projektphase(n)		
3 Jahre	01.04.2008	31.03.2011	2		
Zwischenberichte	4				
Bewilligungsempfänger	Deutsche Umwelthilfe e.V. Fritz-Reichle-Ring 4 78315 Radolfzell			Tel	07732 9995-30
				Fax	07732 9995-77
				Projektleitung Robert Spreter	
				Bearbeiter Oliver Finus	
Kooperationspartner		Projektbegleitende Arbeitsgruppe Voraussichtlich: Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Klima-Bündnis, ICLEI			
Zielsetzung und Anlaß des Vorhabens					
<p>Das Projekt knüpft an die Ergebnisse des Vorprojekts „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ an, das vom 1. Dezember 2005 bis 30. Juni 2007 lief. Ein erheblicher Handlungsbedarf wurde für den kommunalen Klimaschutz in Städten und Gemeinden unter 10.000 Einwohnern gesehen, daher wird ein Wettbewerb sich gezielt an Kommunen dieser Größenklasse richten.</p>					
Darstellung der Arbeitsschritte und der angewandten Methoden					
<p>Das Projekt beginnt mit einem Wettbewerb „Klimaschutzgemeinde“, der sich an Kommunen unter 10.000 Einwohner richtet. Folgende Themenfelder werden abgefragt: Energieerzeugung, Energiesparen, Siedlungsgestaltung, Landwirtschaft, Verkehr, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation. Zu den jeweiligen Themen gibt es Fragen, die nach festen Punktwerten bewertet werden und es können Projekte zu den einzelnen Themen eingereicht werden, die zusätzlich mit Sonderpunkten bewertet werden. Der Fragebogen wird gemeinsam mit einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe erstellt. Die projektbegleitende Arbeitsgruppe berät die DUH auch bei der Bewertung der Projekte. Die Siegerkommunen werden auf einer Auszeichnungsfeier vorgestellt. Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden in einer Dokumentation präsentiert. Es werden drei Workshops veranstaltet, bei denen die Konzepte und Projekte der erfolgreichen Kommunen vorgestellt werden. In der zweiten Phase des Projekts wird der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ ausgeschrieben. Nach dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2006“ sind erneut alle Kommunen in Deutschland aufgerufen, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Der Wettbewerb wird aus den Erfahrungen der letzten beiden Wettbewerbe weiterentwickelt und der Fragebogen entsprechend überarbeitet. Die Kommunen werden in verschiedenen Teilnehmerklassen ausgezeichnet, es gibt aber nur eine „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“. Die Bundeshauptstadt im Klimaschutz wird auf einer Auszeichnungsfeier in Berlin der Öffentlichkeit präsentiert. Im Anschluss daran finden drei Workshops in verschiedenen Orten in Deutschland statt, auf denen die erfolgreichen Kommunen ihre Konzepte und Projekte vorstellen werden. In einer Dokumentation werden die besten eingereichten Beispiele vorgestellt.</p>					
<small>Deutsche Bundesstiftung Umwelt • An der Bornau 2 • 49090 Osnabrück • Tel 0541/9633-0 • Fax 0541/9633-190 • http://www.dbu.de</small>					

Ergebnisse und Diskussion

Die Wettbewerbe „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ verliefen mit 58 und 73 teilnehmenden Kommunen sehr erfolgreich. Um den potenziellen Teilnehmerkreis zu verbreitern, wurde der Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ für Kommunen bis zu 20.000 Einwohnern erweitert. Gewinner waren die Gemeinde Wettbenberg in Hessen und Freiburg im Breisgau. Sehr erfreulich war insbesondere die hohe Beteiligung kleinerer Kommunen. Im Vorprojekt und damit im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2006“ war diese Teilnehmerklasse nur in sehr geringem Umfang vertreten (16 Kommunen). Durch die Initiierung des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“, der besonders die Möglichkeiten und Handlungsspielräume der kleineren Kommunen berücksichtigte, gelang es, eine beachtliche Teilnehmerzahl von 58 Kommunen zu mobilisieren. Diese wollten die Chance nutzen, ihre eigenen Klimaschutzbemühungen mit strukturell vergleichbaren Kommunen zu messen. Viele dieser Kommunen nahmen auch am Nachfolgewettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ teil.

Mit den beiden Wettbewerbsfragebogen wurde ein deutschlandweiter Standard für das Benchmarking im kommunalen Klimaschutz gesetzt. Auch aus Kommunen, die sich nicht direkt an den beiden Wettbewerben beteiligt haben, erhält die DUH immer wieder Rückmeldungen, dass die Struktur der Fragebogen ausgezeichnet dafür geeignet ist, vor Ort eine erste Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen, um zukünftig das eigene Klimaschutzmanagement zu professionalisieren.

Ein sehr erfreuliches Ergebnis des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ ist das hohe Engagement kommunaler Stadt- und Gemeindewerke für den Klimaschutz. Die Investitionen für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sprechen hier eine deutliche Sprache. Die Energieeffizienz wird vielerorts leider noch zu wenig als Dienstleistungsauftrag an Stadtwerke verstanden. In diesem Wettbewerb gelang es, den Kommunen das Thema Green IT – also die energieeffiziente Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie – nahe zu bringen, das bisher in Kommunalverwaltungen trotz Einsparpotenzial zu geringe Aufmerksamkeit genießt. Die Ergebnisse der Wettbewerbe wurden in zwei regionalen Workshopreihen im Oktober/November 2009 und im Februar 2001 diskutiert und weiter verbreitet. Diese Reihen wurden von Seiten der Kommunen gut angenommen und für einen intensiven Erfahrungsaustausch genutzt. Praxisnahe Anregungen erhalten die Kommunen auch in den beiden Dokumentationen der Wettbewerbe „Kleine Kommunen groß im Klimaschutz“ und „Klimaschutz jetzt! – Städte und Gemeinden gehen voran“. Somit bieten sowohl die Wettbewerbsunterlagen als auch die Dokumentation guter Beispiele sehr viele inspirierende Anregungen, die direkt in die kommunale Praxis überführt werden können.

Öffentlichkeitsarbeit und Präsentation

Die Wettbewerbe beider Projektphasen wurden mit einem breit angelegten Mix aus klassischer Pressearbeit (Pressemitteilungen), Wettbewerbsflyer; Internetauftritt, Internetforum, Artikeln in der Verbandszeitschrift *DUH Welt* und Auftaktveranstaltungen vor Ort beworben und erläutert.

Fazit

Über die Plattform der Wettbewerbe „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ konnten ambitionierte Kommunen darstellen, wie wirkungsvolles kommunales Klimaschutzmanagement aussehen kann, obwohl der Klimaschutz keine kommunale Pflichtaufgabe darstellt. Anfängerkommunen erhielten über die Wettbewerbsunterlagen wichtige Hinweise, wie sie sich strukturiert und umfassend der Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe „Klimaschutz“ widmen können. Neben der seit 2008 laufenden Klimaschutzinitiative des Bundes konnte das Projekt „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ einen Beitrag dazu leisten, den Stellenwert des Klimaschutzes in den Kommunen zu stärken. Kommunaler Klimaschutz muss in den kommenden Jahren noch auf eine breitere Basis gestellt werden. Hierzu konnte das Projekt wesentliche Starthilfe leisten.

Inhaltsübersicht

1. Zusammenfassung	Seite 5
2. Einführung	Seite 6
3. Rahmendaten der Wettbewerbe	Seite 9
3.1 Übersicht Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“.....	Seite 9
3.2 Übersicht Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“.....	Seite 9
4. Rahmenbedingungen bei Durchführung der Wettbewerbe	Seite 11
4.1 BMU-Klimaschutzinitiative und weitere Kommunalwettbewerbe.....	Seite 11
4.2 Einbeziehung von Kohlekraftwerksbeteiligungen in den Fragebogen.....	Seite 12
5. Wettbewerbsphasen und Arbeitsschritte	Seite 13
5.1 Erarbeitung der Wettbewerbsunterlagen.....	Seite 13
5.2 Ausschreibungsphase des Wettbewerbs.....	Seite 18
5.2.1 Vorbereitung der Auswertungsphase.....	Seite 21
5.3 Auswertung des Wettbewerbs und Auszeichnung der Siegerkommunen.....	Seite 21
5.3.1 Ablauf der Auswertung.....	Seite 21
5.3.2 Bewertung eingereicherter Projekte und Bewertungskriterien.....	Seite 24
5.3.3 Statistische Auswertung für die Kommunen.....	Seite 25
5.3.4 Auszeichnung der Siegerkommunen.....	Seite 27
5.4 Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse und Verbreitung der Ergebnisse/Erfahrungsaustausch über regionale Workshops.....	Seite 32
5.4.1 Die Wettbewerbsdokumentationen.....	Seite 32
5.4.2 Die regionalen Workshops – Beiträge zum kommunalen Erfahrungsaustausch.....	Seite 34
6. Öffentlichkeitsarbeit	Seite 38
6.1 Pressearbeit.....	Seite 38
6.2 Internetauftritt.....	Seite 38
6.3 Internetforum.....	Seite 40
6.4 Wettbewerbsflyer.....	Seite 41
6.5 Verbandszeitschrift DUHWelt.....	Seite 41
6.6 Auftaktveranstaltungen zu Wettbewerbsbeginn.....	Seite 42
7. Gesamtfazit	Seite 44

1. Zusammenfassung

Der Klimawandel hat längst begonnen. Der Vierte Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimafragen der Vereinten Nationen (IPCC) aus dem Jahr 2007 hat diesen Sachverhalt nochmals erhärtet und der Weltöffentlichkeit klar und deutlich vor Augen geführt, welche Gefahren ein Anstieg der mittleren Lufttemperatur über 2 °C in sich birgt. Auch wenn der Bericht mittlerweile durch mangelnde Sorgfalt bei der Einarbeitung von Untersuchungsergebnissen in Teilen der öffentlichen Wahrnehmung etwas in Misskredit geraten ist, so besteht jedoch kein Zweifel an seinen Hauptaussagen und Positionen. Ursache für den Temperaturanstieg ist die Emission von Kohlendioxid und weiterer Treibhausgase, die vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas entstehen. Viele Folgen der Klimaerwärmung für Mensch und Natur sind noch nicht abzusehen, einige dagegen schon offensichtlich. Sie zeigen sich zudem früher und härter als von der Wissenschaft prognostiziert. Wirbelstürme, Hochwasserkatastrophen und Starkregen beeinträchtigen Mensch und Natur und lassen die Schadenssummen der Versicherungen signifikant steigen.

In Zeiten des weltweiten Klimawandels sind alle gefordert, auch und besonders die Kommunen. Diese rücken nach den wenig konkreten Ergebnissen der Klimakonferenzen in Kopenhagen 2009 und in Cancún im Jahr 2010 und deren oft als sehr abstrakt wahrgenommener Konferenzdiplomatie noch stärker in den Fokus der Aufmerksamkeit. Sie können in verschiedenen Bereichen, wie in der Bauleitplanung oder durch Energiemanagement, aktiven Klimaschutz betreiben. Damit leisten sie einen zentralen Beitrag, die 2007 von der Bundesregierung in ihrem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept formulierten und im Energiekonzept vom September 2010 in zentralen Bereichen bestätigten Ziele umzusetzen. Mit dem Gesamtprojekt „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“, das sich in die beiden Teilwettbewerbe „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ gliedert, motivierte die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) Städte und Gemeinden, zu diesem Thema auch in Zeiten sehr angespannter kommunaler Haushalte aktiv zu werden bzw. weiterhin aktiv zu sein.

Das Projekt „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ gliedert sich in ein Vor- und ein Hauptprojekt.

Das Hauptprojekt startete am 1. April 2008 mit der Ausarbeitung der inhaltlichen Kriterien zum Kommunalwettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“, der sich speziell an kleinere Kommunen richtete und im Herbst 2009 abgeschlossen wurde. Unter der Schirmherrschaft des Klimawissenschaftlers Prof. Dr. Mojib Latif, der für beide Wettbewerbe gewonnen werden konnte, startete am 1. Januar 2010 der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“, der wie bereits im Vorprojekt 2006 allen Gemeindegrößenklassen offen stand. Der Wettbewerb an sich wurde mit der Auszeichnungsfest am 25. Oktober 2010 in Berlin beendet. Abgeschlossen wurde das Teilprojekt mit Workshops im Februar 2011 und einer gemeinsam von DUH,

Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund herausgegebenen Wettbewerbsdokumentation mit vorbildlichen Beispielen, die im März 2011 unter dem Titel „Klimaschutz jetzt – Städte und Gemeinden gehen voran“ erschienen ist.

Am ersten Teilwettbewerb für kleinere Kommunen „Klimaschutzkommune 2009“ nahmen 58 Kommunen teil. An der Ausschreibung zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ beteiligten sich 73 Städte und Gemeinden.

Sieger des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“ wurde die hessische Gemeinde Wettenberg nahe Gießen. „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ des Jahres 2010 wurde Freiburg im Breisgau.

Als zentrale Wettbewerbsinstrumente wurden für beide Teilwettbewerbe jeweils eigenständige neue Fragebogen konzipiert. Für den Fragebogen zur „Klimaschutzkommune 2009“ achtete die DUH besonders darauf, den Handlungsspielraum kleinerer Kommunen angemessen abzubilden. In den Fragebogen zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ wurde ein neuartiges, in den Kommunen bisher wenig beachtetes Handlungsfeld eingearbeitet: Green IT, bzw. energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnik.

Mit dem Hersteller von PV-Dünnschichtmodulen, First Solar, konnte die DUH für die zweite Projektphase einen weiteren Förderer hinzugewinnen, der der Siegerkommune im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“, also Freiburg im Breisgau, eine 30 kW-Solarstromanlage als Sachpreis zur Verfügung stellt.

Die Anlage wird derzeit auf dem Bürgerhaus im Seepark - einem beliebten Ausflugsziel in der Stadt Freiburg - errichtet und Anfang Mai 2011 in Betrieb genommen. Die Erlöse aus der über das EEG garantierten Einspeisevergütung werden im zweijährigen Rhythmus als Preis ausgeschüttet und kommen lokalen Klimaschutzinitiativen zu Gute.

Alle Informationen zu beiden Teilwettbewerben finden sich auf eigens für die Kommunalwettbewerbe „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ neu konzipierten und erarbeiteten Internetseiten unter <http://www.duh.de/2353.html> und <http://www.duh.de/klimakommune.html>. Diese Seiten wurden je nach Projektstand laufend angepasst und erweitert. Zudem können sich Mitarbeiter aus Städten und Gemeinden über Maßnahmen, Konzepte und Projekte zum Thema „Kommunaler Klimaschutz“ auch nach Abschluss der Ausschreibungsphase und Vergabe der Preise in einem Internetforum austauschen. Darin wurden und werden fachspezifische Fragen des kommunalen Klimaschutzes diskutiert.

2. Einführung

Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher. Seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen im Jahr 1861 (Deutschland, weltweit 1850) stieg die

Temperatur stärker an als irgendwann sonst in den letzten 1.000 Jahren auf der nördlichen Erdhalbkugel. Die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts galten weltweit als das wärmste Jahrzehnt, werden von den Jahren zwischen 2000 und 2010 jedoch noch übertroffen.

Die Abweichungen der Temperaturen nach oben betragen laut Daten der World Meteorological Organization (WMO) im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts 0,54 °C im Vergleich zum Durchschnitt des 20. Jahrhunderts. Die 1990er Jahre waren hingegen nur 0,36 Grad wärmer als der Schnitt. Von den zehn wärmsten Jahren der vergangenen 130 Jahre lagen weltweit gesehen neun im vergangenen Jahrzehnt.

Für Deutschland hat der Deutsche Wetterdienst die Jahre 2000 bis 2009 als wärmste seit mindestens 130 Jahren ausgemacht. Die Durchschnittstemperatur von 9,4 °C liegt 1,2 °C höher als das langjährige klimatologische Mittel von 1961 bis 1990.

Die Konzentration von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre steigt seit Beginn der Industrialisierung stetig an. Klimaforscher diskutieren die Möglichkeit, dass das bestehende Klimasystem der Erde „kippt“, wenn sich die Konzentration weiterhin ungebremst erhöht.

Als konkrete, quantitative Zielmarke hat die internationale Staatengemeinschaft seit der UN-Klimakonferenz in Cancún 2010 die Begrenzung der Erwärmung der Lufttemperatur in Bodennähe auf 2 °C vorgegeben, um dieses „Kippen“ des Klimasystems, das mit schwer prognostizierbaren Folgen für Mensch und Umwelt verbunden wäre, auszuschließen (2 °C-Zielmarke).

Unter Klimawissenschaftlern besteht Konsens, dass die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 °C bis zum Jahr 2100 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit absolut notwendig ist, um den Klimawandel „beherrschbar“ für die Menschheit zu gestalten.¹

Auch unter ökonomischen Gesichtspunkten gelten die Folgen des Klimawandels unterhalb dieser Zielmarke als handelbar. Bei Reißen der Zielmarke würden weltweit Folgekosten entstehen, die viele Volkswirtschaften überfordern dürften.

Ursache für den Temperaturanstieg sind die Emissionen von Kohlendioxid und weiterer Treibhausgase, die vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas entstehen. Doch was bedeutet die Klimaerwärmung für Mensch und Umwelt? Viele Folgen sind noch nicht abzusehen, einige dagegen schon offensichtlich. Wirbelstürme, Hochwasserkatastrophen und Starkregen beeinträchtigen Mensch und Natur.

Um das von der Bunderegierung 2007 formulierte und im Energiekonzept von 2010 bestätigte CO₂-Minderungsziel von 40 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990 zu realisieren, erfordert es besondere Anstrengungen gerade in den Kommunen, denn hier können entstehende Treibhausgas-Emissionen wirkungsvoll vermindert werden.

¹ Um unter 2 °C Erwärmung zu bleiben, können nach Berechnung führender Klimawissenschaftler in den kommenden Jahren weltweit noch 750 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestoßen werden. Beim heutigen Emissionsniveau wäre dieses Kontingent bereits in 25 Jahren aufgebraucht. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit wirksamen Handelns auf allen Ebenen.

Kommunen bzw. kommunale Unternehmen wie Stadt- und Gemeindewerke betreiben oder initiieren Anlagen zur klimaschonenden Energieerzeugung. In ihren Gebäuden können sie ihren Energieverbrauch durch ein gezieltes Management senken. Bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten setzen Kommunen durch Effizienz-Vorgaben die Klimaschutzmaßstäbe für die nächsten Jahrzehnte. Auch kleinere Kommunen können in den angesprochenen Handlungsfeldern aktiv werden.

Mit dem Projekt „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ wollte die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) Städte und Gemeinden motivieren, zu diesem Thema auch in Zeiten weiterhin angespannter Finanzlagen aktiv zu werden bzw. weiterhin aktiv zu sein. Die DUH betont damit die Rolle der Kommunen und stellt gelungene Beispiele heraus. Mit dem Gesamtprojekt wird Städten und Gemeinden ein Forum geboten, um ihr Engagement für den Klimaschutz präsentieren zu können. Gerade in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist die öffentliche Anerkennung wichtig, um ein solches Engagement lokal zu rechtfertigen.

Zudem vermitteln die beiden durchgeführten Wettbewerbe ein Bild davon, wie sich die aktuelle Situation des kommunalen Klimaschutzes in Deutschland darstellt und an welchen Punkten man ansetzen kann, um diese Situation besonders in kleinen Kommunen weiter zu verbessern.

Das Hauptprojekt „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ gliedert sich in zwei Wettbewerbsteile. Mit dem ersten Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ hat die DUH verdeutlicht und eruiert, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen Städte und Gemeinden unter 20.000 Einwohnern aktiven Klimaschutz betreiben können. Die Strukturierung des Fragebogens zum Wettbewerb gibt den Kommunen klare Hinweise, in welcher Form und mit welchen Mitteln ein innovativer und vorbildlicher kommunaler Klimaschutz auch in kleineren Gemeinden umgesetzt werden kann. Die Handlungsspielräume kleinerer Kommunen wurden bei der Erarbeitung des Fragebogens besonders berücksichtigt.

Der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ mit Start der Ausschreibung am 1. Januar 2010 ermöglichte im Unterschied zum Vorgängerwettbewerb die Teilnahme für Kommunen aller Gemeindegrößenklassen. Neben den zentralen Handlungsfeldern des kommunalen Klimaschutzes wie kommunales Energiemanagement, Energieerzeugung, Siedlungsplanung, Verkehr und Öffentlichkeitsarbeit wurde das Gebiet Green-IT abgefragt, das eine immer größere Bedeutung für kommunale Einsparungen im Strombereich erhält und dem von kommunaler Seite bisher ein zu geringe Bedeutung beigemessen wird.

Die Gesamtlaufzeit des Hauptprojekts war vom 1. April 2008 bis zum 31. März 2011 veranschlagt.

Mit der Zusage seitens der Deutschen Bundesstiftung Umwelt vom 29. März 2008 erhielt die DUH eine Fördersumme in Höhe von 268.437 € für das gesamte Hauptprojekt.

Der Abschlussbericht gibt einen Überblick über die Aktivitäten der DUH im Gesamtzeitraum des Hauptprojekts.

3. Rahmendaten der Wettbewerbe

Zu Beginn des Abschlussberichts werden einige zentrale Rahmendaten zu den beiden Wettbewerbsteiten wie Teilnehmerzahlen, räumliche Verteilung der Teilnehmerkommunen etc. dargestellt, um einen Gesamtüberblick zu ermöglichen.

3.1 Übersicht Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verteilung der Teilnehmerkommunen hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einem Bundesland und gemäß der Teilnehmerklassen im Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“.

Tab. 1: Die Teilnehmerkommunen nach Bundesländern und Teilnehmerklassen nach Einwohnern im Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“

Bundesland	< 5.000	5.000 – 20.000	Summe
Baden-Württemberg	2	12	14
Bayern	6	8	14
Brandenburg	0	2	2
Hessen	0	6	6
Mecklenburg-Vorpommern	0	1	1
Niedersachsen	0	2	2
Nordrhein-Westfalen	0	8	8
Rheinland-Pfalz	1	3	4
Saarland	0	1	1
Sachsen	2	2	4
Sachsen-Anhalt	0	1	1
Schleswig-Holstein	0	1	1
Thüringen	0	0	0
Summe	11	47	58

Im Wettbewerb waren alle Flächenbundesländer bis auf Thüringen vertreten. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg waren qua Definition (kleine Kommunen) vom Wettbewerb ausgeschlossen.

3.2 Übersicht Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Verteilung der Teilnehmerkommunen hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einem Bundesland und gemäß der Teilnehmerklassen im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“.

Tab. 2: Die Teilnehmerkommunen nach Bundesländern und Teilnehmerklassen nach Einwohnern im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Bundesland	< 20.000	20.000 – 100.000	> 100.000	Summe
Baden-Württemberg	7	6	3	16
Bayern	5	4	3	12

Brandenburg	3	0	1	4
Hessen	3	5	3	11
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	0
Niedersachsen	2	3	2	7
Nordrhein-Westfalen	4	2	5	11
Rheinland-Pfalz	1	2	1	4
Saarland	0	0	0	0
Sachsen	0	0	2	2
Sachsen-Anhalt	0	2	0	2
Schleswig-Holstein	1	2	0	3
Thüringen	0	1	0	1
Summe	26	27	20	73

Im Wettbewerb waren alle Flächenbundesländer außer Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland vertreten. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg haben sich nicht am Wettbewerb beteiligt.

Die räumliche Verteilung der Teilnehmerkommunen kann sehr anschaulich anhand der folgenden Karte verdeutlicht werden.

Abb. 1: Die räumliche Verteilung der Teilnehmerkommunen im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ gegliedert nach Bundesländern



Insgesamt haben sich an beiden Teilwettbewerben zusammengenommen 131 Kommunen beteiligt. Zehn Kommunen haben sich an beiden Wettbewerben beteiligt, so dass insgesamt 121 unterschiedliche Teilnehmerkommunen in beiden Wettbewerbsteilen zu verbuchen sind.

4. Rahmenbedingungen bei Durchführung der Wettbewerbe

4.1 BMU-Klimaschutzinitiative und weitere Kommunalwettbewerbe

An dieser Stelle soll in knapper Form herausgearbeitet werden, dass es während der Ausschreibungsphase beider Wettbewerbe sowohl förderliche als auch restriktive Faktoren für die Teilnahme von Kommunen gab, die entscheidenden Einfluss auf die Resonanz hinsichtlich der Wettbewerbe hatten.

Mit der Initiierung der nationalen Klimaschutzinitiative durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Jahr 2008 wurde der Fokus unter anderem stark auf den kommunalen Klimaschutz gelenkt. Durch die Möglichkeit Klimaschutzkonzepte, Klimaschutzmanagerinnen und -manager in der Verwaltung als Personalstellen und verschiedene Technologieprojekte fördern zu lassen, wurde Klimaschutz in vielen Kommunen attraktiv. Aufgrund des Förderprogrammes beschäftigten sich viele Kommunen erstmalig mit den Möglichkeiten und Handlungsfeldern des Klimaschutzes vor Ort.

Dies sind vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Durchführung eines kommunalen Klimaschutzwettbewerbes. Auf der anderen Seite schrieb das BMU über die *Servicestelle Kommunaler Klimaschutz* einen eigenständigen Wettbewerb für kommunale Klimaschutzbemühungen aus. Obwohl der BMU-Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ als reiner Projektwettbewerb für Einzelprojekte angelegt war und sich damit schon rein konzeptionell stark von den beiden DUH-Wettbewerben unterschied, wurde der BMU-Wettbewerb in den Kommunen trotzdem in Konkurrenz zu den DUH-Wettbewerben wahrgenommen. Das haben viele persönliche Gespräche mit Vertretern aus der Kommunalverwaltung ergeben. Nur größere Kommunen mit dementsprechenden Klimaschutzabteilungen in der Verwaltung waren zeitlich in der Lage, die Fülle an Daten für einen der DUH-Wettbewerbe zu beschaffen und parallel Ausschreibungsunterlagen für beide Wettbewerbe (DUH und BMU) auszufüllen.

Kommunen ohne entsprechendes Personal waren versucht, die Wettbewerbsvariante zu wählen, die für sie vordergründig mit weniger Aufwand verbunden war: Das ist in der Regel ein Projektwettbewerb, für den lediglich die Beschreibung eines Einzelprojekts eingereicht werden muss.

Damit erhält die entsprechende Kommune zwar keine umfassende Gesamtbilanz wie durch die Auswertung der DUH-Wettbewerbe, die Chancen auf eine Auszeichnung für eine Einzelmaßnahme sind jedoch höher – auch wenn die Kommune bei Durchführung einer Einzelmaßnahme nicht nach einer eigenen Strategie für den Klimaschutz vorgeht.

Für viele Kommunen mag die Teilnahme an einem Projektwettbewerb deshalb einfacher und attraktiver erscheinen, sie gibt allerdings keine Auskunft über den aktuellen Gesamtstand, was den kommunalen Klimaschutz angeht.

Vor allem die Konkurrenz für den Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ war recht hoch, weil zeitgleich der BMU-Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ angesetzt wurde und darüber hinaus auch in Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Niedersachsen eigenständige Landeswettbewerbe zum Thema „Kommunaler Klimaschutz“ ausgeschrieben waren.

Angesichts dieser beachtlichen Konkurrenz an Kommunalwettbewerben zum selben Themenfeld ist die oben genannte Teilnehmerzahl beachtlich und auch ein Indiz für die Qualität der DUH-Wettbewerbe, deren Benchmark-Kriterien sich ambitionierte Kommunen ganz bewusst stellen.

Auch das Medien- und Presseecho insbesondere auf den Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ belegt den Stellenwert dieses DUH-Kommunalwettbewerbes in der öffentlichen Wahrnehmung.

4.2 Einbeziehung von Kohlekraftwerksbeteiligungen in den Fragebogen

Ein weiterer Faktor, der Kommunen möglicherweise von einer Beteiligung am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ absehen ließ, war die Abfrage kommunaler Beteiligung am Neubau von Kohlekraftwerken. Diese Abfrage war bewusst in den Fragebogen aufgenommen worden, um das ganze Spektrum der kommunalen Energiepolitik abbilden und bewerten zu können. Da das kommunale Engagement in diesem Zusammenhang mit einem Malus versehen wurde, wenn Kommunen bzw. deren Stadt- oder Gemeindewerke sich am Neubau von Kohlekraftwerken finanziell beteiligt hatten, mag diese Abfrage und Wertung einige Kommunen von einer Teilnahme ferngehalten haben. Die Kenntnis über derartige klimaschädliche Aktivitäten von Kommunen, die beispielsweise im Internet unter <http://www.stadtwerke-kohlefrei.de/stadtwerke-karte/> oder aus den Geschäftsberichten von Stadtwerken zu eruieren sind, gehört aus Sicht der DUH jedoch zu einem Gesamtbild einer Kommune, wenn deren Klimaschutzaktivitäten zu beurteilen sind. Immerhin haben am Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ zehn Kommunen teilgenommen, die über eine solche Beteiligung am Neubau von Kohlekraftwerken verfügen und sich trotz der Malusregelung dem Wettbewerb gestellt haben.

Die Teilnehmerzahlen an beiden Wettbewerben „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ sind unter den genannten Rahmenbedingungen als sehr positiv zu bewerten. Über den Wettbewerb für kleinere Kommunen gelang die Aktivierung einer kommunalen Größenklasse, die aufgrund mangelnder Finanz- und vor allem Personalausstattung bei der Strategie- und Maßnahmenplanung sowie Umsetzung im kommunalen Klimaschutz zumeist in einer defensiveren Rolle verharrt. Gerade in dieser Größenklasse gibt es jedoch auch sehr engagierte Kommunen, die das Wertschöpfungspotenzial des Klimaschutzes erkannt haben und offensiv nutzen. Im Rahmen des DUH-Wettbewerbes und in den nachfolgenden Workshops konnten deren Herangehensweisen veranschaulicht und weiter verbreitet werden.

Mit dem Thema „Green IT“ wurde im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ ein Thema aufgegriffen, das bis dato in den Kommunen wenn überhaupt nur

am Rande betrachtet wurde, obwohl es stromseitig ein hohes Einsparpotenzial in sich birgt. Die Rückmeldungen aus den Teilnehmerkommunen belegen zum einen die Relevanz des Themas zum anderen spiegeln sie wider, dass die Anregungen, die über den Fragebogen in diesem Handlungsfeld/Kapitel transportiert wurden, dankbar von den Kommunen aufgegriffen werden. Auch versierte kommunale Energie- und Klimaschutzbeauftragte erhielten wichtige Hinweise, wo sie in Kooperation mit den kommunalen IT-Abteilungen ansetzen können, um signifikante Stromeinsparungen zu erzielen. Ihnen waren in diesem Themenfeld bis dato oft die Hände gebunden, weil die EDV bzw. die IT – trotz der Zuständigkeit für kommunale Energiefragen – nicht ihr originäres Aufgabengebiet ist. Insofern konnte der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ themenbezogen einen wichtigen Erfolg verbuchen, weil verwaltungsintern Diskussionen über den Stromverbrauch und damit auch den Zuschnitt der eigenen IT angestoßen wurden. Dies zeigen nicht allein die Rückmeldungen aus den teilnehmenden Kommunen, sondern auch die Diskussionen in den Workshops, die im Rahmen des Wettbewerbs durchgeführt wurden (siehe unten).

5. Wettbewerbsphasen und Arbeitsschritte

Die im Rahmen des Gesamtprojekts durchgeführten beiden Wettbewerbe „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ gliedern sich gemäß Antrag in folgende vier Arbeitsphasen:

- Erarbeitung der Wettbewerbsunterlagen,
- Ausschreibungsphase des Wettbewerbs,
- Auswertung des Wettbewerbs und Auszeichnung der Siegerkommunen sowie
- Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse und Verbreitung der Ergebnisse/Erfahrungsaustausch über regionale Workshops

Diese Phasen lassen sich für beide Wettbewerbe in weitere Arbeitsschritte unterteilen, die im Folgenden zusammenfassend dargestellt werden.

5.1 Erarbeitung der Wettbewerbsunterlagen

Grundlage und zentrales Instrument beider genannten Wettbewerbe war ein Fragebogen, der die zentralen **Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes** abbildet und die Klimaschutzaktivitäten der Teilnehmerkommunen in diesen einzelnen Handlungsfeldern in strukturierter Form abfragt.

Der Fragebogen dient damit auch Kommunen, die selbst nicht am Wettbewerb teilnehmen, als Orientierungs- und Analyseinstrument. Er verdeutlicht Ihnen, in welchen Bereichen sie aktiv Klimaschutz betreiben können und wie ihre bisherigen Anstrengungen zu bewerten sind.

Folgende Handlungsfelder wurden in den jeweiligen Wettbewerben abgefragt:

Klimaschutzkommune 2009

- Energiesparen
- Energieerzeugung
- Verkehr
- Siedlungsgestaltung
- Öffentlichkeitsarbeit und Beratung
- Kooperation, Finanzierungsinstrumente und Bürgerbeteiligung

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

- Energiesparen
- Green IT und energieeffizientes Büro
- Energieerzeugung
- Verkehr
- Siedlungsgestaltung
- Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung

Der Aufbau des Fragebogens und die einzelnen Fragen wurden zunächst von DUH-Mitarbeitern konzipiert und formuliert.

Diese Entwürfe für beide Wettbewerbsfragebogen wurden anschließend an jeweils zwei Terminen pro Wettbewerb mit einer **projektbegleitenden Arbeitsgruppe** erörtert, die die Wettbewerbe über ihre Gesamtdauer hinweg mit ihrer Expertise begleitete.

Die inhaltlichen Anregungen für den Fragebogen wurden protokolliert und bei Bedarf aufgegriffen und eingearbeitet.

Folgende Personen beteiligten sich an der Mitarbeit im Rahmen der projektbegleitenden Arbeitsgruppen:

Klimaschutzkommune 2009

- Ute Garrelts, Saint-Gobain Isover G+H AG
- Ute Kreienmeier, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Rolf Bräuer, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Dr. Dag Schulze, Klima-Bündnis
- Hans Hertle, ifeu-Institut
- Dieter Seifried, Büro Ö-quadrat
- Friedhelm Wilbrand, Gemeinde Westerkappeln
- Dr. Gerhard Bronner, Stadt Donaueschingen
- Robert Spreter, Deutsche Umwelthilfe
- Oliver Finus, Deutsche Umwelthilfe
- Christine Spannagel, Deutsche Umwelthilfe

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

- Nadine Bethge, First Solar GmbH
- Ute Garrelts, Saint-Gobain Isover G+H AG
- Ute Kreienmeier, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Rolf Bräuer, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Axel Welge, Deutscher Städtetag
- Dr. Dag Schulze, Klima-Bündnis
- Hans Hertle, ifeu-Institut
- Dieter Seifried, Büro Ö-quadrat
- Dr. Werner Neumann, Energiereferat der Stadt Frankfurt a.M.
- Philipp Granzow, Stadt Viernheim
- Robert Spreter, Deutsche Umwelthilfe
- Oliver Finus, Deutsche Umwelthilfe
- Daria Junggeburch, Deutsche Umwelthilfe
- Carola Monix, Deutsche Umwelthilfe

Bei der Auswahl der Personen für die projektbegleitenden Arbeitsgruppen wurde darauf geachtet, Personen aus Institutionen mit einzubeziehen, die auf langjährige Erfahrung im kommunalen Klimaschutz verweisen konnten. Bei der Erarbeitung des Fragebogens war es darüber hinaus wichtig, Vertreter der kommunalen Praxis einzubeziehen, um in den Fragestellungen die kommunale Realität möglichst treffsicher abbilden zu können. Vor diesem Hintergrund waren auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände in die projektbegleitende Arbeitsgruppe mit eingebunden.

Nach Vervollständigung aller inhaltlichen Gesichtspunkte erfolgte das Layout für den jeweiligen Fragebogen.

Abb. 2 Fragebogen „Klimaschutzkommune 2009“

2

Energieerzeugung

2.1 Betreibt Ihre Kommune bzw. betreibt der lokale Energieversorger Anlagen auf der Basis klimaschonender Energieträger oder Energieerzeugungstechniken für die Wärmeversorgung (Heizung und Warmwasser) in Ihren Gebäuden?
Hinweise: Lokale Energieversorger sind kommunale Eigenbetriebe oder zu mindestens 51 Prozent im Besitz einer Kommune bzw. mehrerer Kommunen. Mehrere Antworten sind möglich.

Nein
 Ja, und zwar
 a) solarthermische Anlagen (inklusive Schwimbadbooster),
 b) Holzhackschiffel- oder Holzpelletkessel,
 c) Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen,
 d) ein Nahwärmenetz mit einer der oben genannten Technologien,
 e) _____

2.2 Wie unterstützt Ihre Kommune bzw. der lokale Energieversorger private Investoren, Betriebsgemeinschaften und Initiativen (z.B. Bürgergemeinschaftsanlagen) bei der Planung, dem Bau und Betrieb klimaschonender Energieanlagen?
Hinweise: Lokale Energieversorger sind kommunale Eigenbetriebe oder zu mindestens 51 Prozent im Besitz einer Kommune bzw. mehrerer Kommunen. Mehrere Antworten sind möglich.

2.2.1 Bereitstellung kommunaler Dachflächen für Energieanlagen im Bereich:
 a) Photovoltaik
 b) Solarthermie

2.2.2 Ideelle Unterstützung, wie z. B. Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, für Energieanlagen im Bereich:
 a) Photovoltaik
 b) Solarthermie
 c) Biomasse/Biogas
 d) Windenergie
 e) _____

2.2.3 Organisatorische Unterstützung, wie z.B. Unterstützung bei der Ausschreibung, Ausweisung geeigneter Standorte (einschließlich Koordination erforderlicher Genehmigungen), rechtliche Beratung, Planungsunterstützung:
 Nein
 Ja
 Wenn Ja, wie erfolgte die Unterstützung? _____

Fragebogen 15

2 Energieerzeugung

2.6 Nennen Sie uns eine Anlage zur klimaschonenden Energieerzeugung, die Ihre Kommune bzw. der lokale Energieversorger seit 2002 gebaut hat.

Hinweise: Falls der Platz nicht ausreicht, können Sie uns gerne ein Extrablatt mit weiteren Angaben beiliegen. Sie können auch Anlagen zu den beschriebenen Maßnahmen hinzufügen. Bürgerbeteiligungsanlagen werden bereits bei Frage 2.2 abgefragt und werden bei dieser Frage nicht bewertet. Lokale Energieversorger sind kommunale Eigenbetriebe oder zu mindestens 51 Prozent im Besitz einer Kommune bzw. mehrerer Kommunen.

Titel der Anlage	
Projektträger und Beteiligte	
Anlage (z.B. Holzbockschmittzeelanlage in einer Schule)	
Gesamter Projektverlauf mit Zeitangaben	
Realisierte Maßnahmen	
Installierte Leistungskapazität	
Tatsächliche Energieerzeugung pro Jahr	
Höhe des gesamten Investitionsvolumens	
Amortisationsdauer der Anlage	
Ansprechperson (Name, Telefon, E-Mail)	

18 Wettbewerb Klimaschutzkommune 2009

2 Energieerzeugung

2.7 Nennen Sie uns eine Anlage zur klimaschonenden Energieerzeugung, deren Bau Ihre Kommune bzw. der lokale Energieversorger materiell oder ideell seit 2002 unterstützt hat.

Hinweise: Falls der Platz nicht ausreicht, können Sie uns gerne ein Extrablatt mit weiteren Angaben beiliegen. Sie können auch Anlagen zu den beschriebenen Maßnahmen hinzufügen. Bürgerbeteiligungsanlagen werden bereits bei Frage 2.2 abgefragt und werden bei dieser Frage nicht bewertet. Lokale Energieversorger sind kommunale Eigenbetriebe oder zu mindestens 51 Prozent im Besitz einer Kommune bzw. mehrerer Kommunen.

Titel der Anlage	
Projektträger und Beteiligte	
Anlage (z.B. Holzbockschmittzeelanlage in einer Schule)	
Gesamter Projektverlauf mit Zeitangaben	
Realisierte Maßnahmen	
Installierte Leistungskapazität	
Tatsächliche Energieerzeugung pro Jahr	
Höhe des gesamten Investitionsvolumens	
Eigenanteil der Kommune	
In welcher Form hat die Kommune zum Bau beigetragen?	
Ansprechperson (Name, Telefon, E-Mail)	

Fragebogen 19

Der Fragebogen zum Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ wurde an die Handlungsspielräume kleiner Kommunen angepasst. Pro Handlungsfeld konnten die Kommunen bis zu zwei vorbildliche Einzelprojekte angeben, was den Anreiz, sich am Wettbewerb zu beteiligen, für Kommunen, die über einzelne Projekte in das Klimaschutzmanagement einsteigen, stark erhöhte. Neben der Gesamtbewertung der kommunalen Klimaschutzaktivitäten waren bis zu zehn Einzelauszeichnungen für Projekte vorgesehen.

Abb. 3: Fragebogen „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

1 Energiesparen

Wärme, Strom und Beleuchtung

1.3 Wurden bis einschließlich 2009 kommunale Gebäude oder Gebäude kommunaler Eigenbetriebe im verbesserten Niedrigenergie- oder Passivhausstandard neu gebaut oder nach diesen Standards entsprechend saniert?

Hinweise: Mehrere Antworten sind möglich.

Nein
 Ja, und zwar

a) Gebäude mit einem verbesserten Niedrigenergiestandard (d.h. Unterschreitung des nach EnEV maximal zulässigen Jahresprimärenergiebedarfs um mindestens 30 Prozent – gemessen in kWh pro Quadratmeter Gebäudenutzfläche).
Hinweise: Es gelten die Bestimmungen der am 1. Februar 2002 in Kraft getretenen Energieeinsparverordnung EnEV bzw. der EnEV 2007.

b) Gebäude in Passivhausbauweise (Zwischenwärmebedarf von höchstens 15 kWh pro Quadratmeter Gesamtnutzfläche bzw. beheizter Nutzfläche) und/oder Gebäude nach KfW-40-Standard (ab 1.4.2009: KfW-Effizienzhaus-55_{NEB} oder 55_{NEB}).

Bitte nennen Sie Beispiele, wenn Sie eine der Möglichkeiten a) oder b) angekreuzt haben:

1.4 Hat Ihre Kommune bis einschließlich 2009 eine energetische Bewertung ihrer Liegenschaften vorgenommen?

Hinweise: Bitte legen Sie Belege bei. Mehrere Antworten sind möglich.

Nein
 Ja, und zwar

a) wurde eine energetische Bestandsaufnahme in allen energetisch relevanten Liegenschaften¹ vorgenommen.
Hinweise: Eine energetische Bestandsaufnahme beinhaltet eine Erhebung der Energiekennwerte der Gebäude und der Haustechnik. ¹Nähere Informationen zu energetisch relevanten Liegenschaften finden Sie im Internetforum unter <http://forum.klimaschutzkommune.de/>.

b) wurde aufgrund der Bestandsaufnahme eine Prioritätenliste zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude erstellt.

c) wurden energetische Sanierungen kommunaler Gebäude aufgrund der Prioritätenliste durchgeführt.

1.4 Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

Green IT und energieeffizientes Büro

2

2.3 Führt Ihre Kommune oder ein von der Kommune beauftragter Dienstleister Optimierungsmaßnahmen des Energieverbrauchs der Server durch?

Nein
 Ja, und zwar

a) durch den Einsatz effizienter Server (Auszeichnung mit dem Energy Star 5.0 und/oder Blauer Engel),
 b) durch Virtualisierung (verbesserte Kapazitätsauslastung)*,
 c) durch Konsolidierung,*
 d) durch den Einsatz moderner Speichersysteme (Storage-Systeme*);
 e) _____

*Erläuterungen zu Virtualisierung, Konsolidierung sowie Storage-Systemen finden Sie im Internet unter <http://forum.klimaschutzkommune.de/>.

2.4 Führt Ihre Kommune oder ein von der Kommune beauftragter Dienstleister Maßnahmen zur effizienten Klimatisierung/Kühlung ihrer Serverräume durch?

Nein
 Ja, und zwar

a) ist der Serverraum in einem natürlich kühlen, unbeheizten Raum des Gebäudes (z.B. nordseitig gelegen, keine direkte Sonneneinstrahlung, Kellerraum) untergebracht,
 b) werden Teile der Klimatisierung bei entsprechender Außentemperatur abgeschaltet bzw. auf freie Kühlung* umgeschaltet oder die Kühlung wird über eine Thermostateuerung geregelt (Abschaltung, Zuschaltung).
*Erläuterungen zur freien Kühlung finden Sie im Internet unter <http://forum.klimaschutzkommune.de/>.
 c) erfolgt eine Optimierung der Luftführung durch die Trennung von Warm- und Kaltluft (z.B. durch Schränke, Gänge, Abdeckbleche).
 d) wird eine Erhöhung der Raumtemperatur bis zu der in den Herstellerangaben für Server festgelegten Grenze zugelassen.
 e) _____

Fragebogen  21

Das Handlungsfeld/Kapitel „Green IT“ wurde neu aufgenommen. Für diesen Bereich wurden zusätzlich drei Einzelpreise ausgelobt. Ein besonderer Anreiz zur Teilnahme war die Auslobung eines Hauptpreises: Eine 30 KW-Photovoltaikanlage, die von der Firma First Solar GmbH gestiftet wurde. Im Unterschied zum Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“, in dem über mehrere Projekteingabemöglichkeiten besondere Anreize für kleinere Kommunen geschaffen wurden, konnte pro Handlungsfeld nur jeweils ein Projekt angegeben werden. Die Punktwertung für jede einzelne Frage konnten die Kommunen im eigens geschaffenen Internetforum unter <http://forum.klimaschutzkommune.de/> nachlesen.

Dieses wurde mit dem Versand der Fragebogen an die Kommunen freigeschaltet.

Zusammenfassend lässt sich die Grundstruktur beider Fragebogen folgendermaßen beschreiben bzw. in Fragetypen zusammenfassen:

- Der Großteil der Fragen erfasste, ob eine Stadt bzw. Gemeinde verschiedene Maßnahmen, Ansätze und Projekte zum Thema „Klimaschutz“ in den letzten Jahren durchgeführt hat. Die Städte und Gemeinden konnten die entsprechenden Maßnahmen in den Unterlagen ankreuzen.
- Mit Hilfe einiger Fragen bildeten wir die konkreten Erfolge der jeweiligen Stadt und Gemeinde anhand von Zahlenwerten ab. Dazu zählte der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung anhand der installierten Leistung verschiedener Anlagen oder mittels der tatsächlichen Energieerzeugung durch Biomasse. Im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ verglichen wir den Energieverbrauch der Kommunen sowohl im Gebäudebereich als auch bei den Verbräuchen der Server und der sonstigen IT-Architektur in den Jahren 2003 (2005) und 2008 sowie projektbezogen die Kohlendioxidemissionen bzw. -einsparungen der jeweiligen Kommune im selben Zeitraum.
- Zudem konnten die Städte und Gemeinden in allen Themenfeldern Projekte angeben, die sie in einem definierten Zeitraum durchgeführt hatten. Projekte durften dabei nicht älter als vier Jahre sein

5.2 Ausschreibungsphase des Wettbewerbs

Zu Beginn der Ausschreibung wurden die Wettbewerbe breit beworben. Die DUH konnte dabei auf ihre umfassende kommunale Adressdatenbank, die regelmäßig aktualisiert wird, zurückgreifen. Der Fragebogen und ein eigener Flyer (siehe folgende Abbildungen), der den jeweiligen Wettbewerb präsentierte, wurden an 5.000 bzw. 6.000 (Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010) kommunale Adressen versandt.

Abb. 4 Wettbewerbsflyer „Klimaschutzkommune 2009“

Schirmherr des Projekts
Prof. Dr. Mojib Latif
 Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR
 an der Universität Kiel

Kooperationspartner

Wettbewerbsunterlagen
 Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie die Wettbewerbsunterlagen erhalten Sie auf unserer Internetseite www.klimaschutzkommune.de und unter der unten genannten Adresse. Der Fragebogen ist in digitaler und gedruckter Form erhältlich. Die digitale Version erleichtert Ihnen die Eingabe und vereinfacht uns die anschließende Auswertung. Bei Fragen können Sie uns gerne anrufen oder uns eine E-Mail schreiben.

Kontakt
Deutsche Umwelthilfe
 Oliver Finus, Robert Spreiter
 Projektgruppe „Klimaschutzkommune 2009“
 Fritz-Reichle-Ring 4
 78315 Radolfzell
 Tel: 07732 9995-54
 Fax: 07732 9995-77
 E-Mail: finus@duh.de
www.duh.de

Termine
 Start des Wettbewerbs: 01. September 2008
 Einsendeschluss: 31. Dezember 2008
 (es gilt der Poststempel oder der Eingang der E-Mail)
 Die Auszeichnungsfeier findet im April 2009 statt.

Förderer
 DBU
 CO2NIRA

Wettbewerbsflyer
Klimaschutzkommune 2009 gesucht!
 Ein Wettbewerb für kleine und mittlere Kommunen unter der Schirmherrschaft von Klimaforscher Prof. Dr. Mojib Latif

Klimawandel
 Das Klima verändert sich – mit noch nicht abschätzbaren Auswirkungen auf Mensch und Natur. Und zwar schneller als so manche Prognose es berechnet hatte.
 Ursachen für den Temperaturanstieg sind die Emissionen von Kohlendioxid und weiterer Treibhausgase, die vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas entstehen. Auf dem G8-Gipfel in Japan Anfang Juli 2008 haben sich die wichtigsten Industriestaaten darauf geeinigt, die Treibhausgasemissionen weltweit bis zum Jahr 2050 zu halbieren. Deutschland will eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen und so hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen. Seitens des Bundes ist in den letzten Jahren viel getan worden, um mit Hilfe von Gesetzen den Klimaschutz voranzutreiben. Es ist aber eine konsequente Fortsetzung des Prozesses notwendig, um die gesteckten Ziele auch zu erreichen.

Die Bedeutung der Kommunen
 Städte und Gemeinden können mit einer klimaschonenden Kommunalplanung den Klimaschutz entscheidend voranbringen. Seit

Klimaschutzaktivitäten auf den Prüfstand zu stellen und sich mit anderen Kommunen zu messen. Die Grundlage des Wettbewerbs bildet ein Fragebogen, in dem Maßnahmen und Projekte aus folgenden Themenfeldern abgefragt werden:

- Energiesparen
- Energieerzeugung
- Verkehr
- Siedlungsgestaltung
- Öffentlichkeitsarbeit und Beratung
- Kooperation, Finanzierungsinstrumente und Bürgerbeteiligung

Zielgruppe
 Am Wettbewerb können alle kreisangehörigen und kreisfreien Städte und Gemeinden unter 20.000 Einwohner teilnehmen. Darüber hinaus ist Ämtern, Verbandsgemeinden, Samtgemeinden, Verwaltungverbänden und Verwaltungsgemeinschaften eine Teilnahme möglich, falls nicht eine Mitgliedsgemeinde einer dieser Körperschaften bereits am Wettbewerb teilnimmt.

Auszeichnung „Klimaschutzkommune 2009“
 Der Fragebogen enthält für die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten eine festgelegte Anzahl von Punkten. Für die eingereichten Projekte werden zusätzliche Punkte vergeben. Hier fließen in die Bewertung der Nutzen für den Klimaschutz und weitere Kriterien wie Übertragbarkeit, Innovation, Langfristigkeit, Beteiligung der Kommune, Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitswirksamkeit sowie Dokumentation des Projekts im Fragebogen mit ein.
 Diejenige Kommune, die insgesamt die höchste Punktzahl erreicht, wird mit dem Titel „Klimaschutzkommune 2009 – Bundessieger“ ausgezeichnet. Die jeweils besten drei Kommunen in den Teilnehmerklassen

- unter 5.000 Einwohner
- 5.000 bis 20.000 Einwohner

erhalten den Titel „Klimaschutzkommune 2009“.

Auszeichnung „Klimaschutzprojekt 2009“
 Der Fragebogen umfasst ein sehr breites Spektrum an Maßnahmen, denn besonders kleinere Städte und Gemeinden haben oft nicht die finanziellen und personellen Kapazitäten, um in allen Bereichen aktiv zu sein. Demgegenüber stehen oft überzeugende und sehr engagiert durchgeführte Einzelprojekte, welche wir zusätzlich prämiieren und damit würdigen wollen. In verschiedenen Bereichen können Projekte eingereicht werden. Die zehn überzeugendsten Projekte werden von der Deutschen Umwelthilfe und einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe ausgewählt und als „Klimaschutzprojekt 2009“ gekürt.

Vorteile für Ihre Kommune
 Die „Klimaschutzkommunen 2009“ und die „Klimaschutzprojekte 2009“ werden im kommenden Jahr im April auf einer Auszeichnungsfeier in Berlin gewürdigt. Alle Teilnehmer erhalten eine ausführliche Information zu ihrem Abschneiden im Vergleich zu den anderen Wettbewerbsteilnehmern. So kann jede Kommune ihre Stärken und Schwächen im Klimaschutz erkennen. Die Platzierungen der jeweils besten zehn Kommunen pro Teilnehmerklasse werden im Internet veröffentlicht. Die weiteren Platzierungen werden nur den Kommunen genannt. Unabhängig von der Platzierung sind alle Städte und Gemeinden, die sich am Wettbewerb beteiligen, Vorreiter im Klimaschutz, da sie sich dem Vergleich mit anderen Kommunen stellen. Als Anerkennung für das Engagement erhalten alle teilnehmenden Kommunen eine Urkunde.
 Im Anschluss an den Wettbewerb präsentieren wir eine Auswahl an vorbildlichen Projekten in einer Dokumentation, die gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DSfGB) herausgegeben und bundesweit verteilt wird. Jede Teilnehmerkommune hat die Chance, ihre eigenen Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland bekannt zu machen. Beteiligen Sie sich und stellen Sie die Klimaschutzaktivitäten in Ihrer Kommune auf den Prüfstand!

Im Flyer werden die besonderen Vorteile für kleinere Kommunen, die sich mit einer Wettbewerbsteilnahme verbinden, herausgestellt. Besonders betont wird auch die Möglichkeit, im Rahmen einer Projektauszeichnung mit dem Titel „Klimaschutzprojekt 2009“ bedacht zu werden.

Abb. 5 Wettbewerbsflyer „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Schirmherr des Wettbewerbs
Prof. Dr. Mojib Latif
Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR
an der Universität Kiel

Kooperationspartner

- Agentur für Erneuerbare Energien
- BEE Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.
- dena Deutsche Energie-Agentur
- Deutscher Städtetag
- DSIGB Deutscher Städte- und Gemeindebund
- GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
- ICLEI Local Governments for Sustainability
- inVent Internationaler Wettbewerb und Innovationspreis
- Klima-Bündnis

Wettbewerbsunterlagen
Weitere Informationen zum Wettbewerb sowie die Wettbewerbsunterlagen erhalten Sie auf unserer Internetseite www.klimaschutzkommune.de und unter der unten genannten Adresse. Der Fragebogen ist in digitaler und gedruckter Form erhältlich. Die digitale Version erleichtert Ihnen die Eingabe und vereinfacht uns die anschließende Auswertung. Bei Fragen können Sie uns gerne anrufen oder uns eine E-Mail schreiben.

Deutsche Umwelthilfe
„Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“
Robert Spreter und Oliver Finus
Fritz-Reichle-Ring 4
78115 Radolfzell
Tel: 07732 9995-54
Fax: 07732 9995-77
E-Mail: finus@duh.de; www.duh.de

Termine
Start des Wettbewerbs: 01. Januar 2010
Einsendeschluss: 30. April 2010
(es gilt der Poststempel oder der Eingang der E-Mail)

Förderer

- DBU
- Umweltministerium
- First Solar

Der Klimaschutzwettbewerb für deutsche Kommunen unter der Schirmherrschaft von Klimaforscher Prof. Dr. Mojib Latif

www.klimaschutzkommune.de

Klimawandel
Das Klima wandelt sich – mit noch nicht abschätzbaren Auswirkungen auf Mensch und Natur. Und zwar schneller, als so manche Prognose es berechnet hatte. Ursachen für den Temperaturanstieg sind die Emissionen von Kohlendioxid und weiterer Treibhausgase, die vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl und Gas entstehen.

Kommunaler Klimaschutz
Städte und Gemeinden können mit einer Klimaschonenden Kommunalplanung den Klimaschutz entscheidend vorantreiben. Seit der Novelle des Baugesetzbuchs 2004 ist der Klimaschutz in die Zielvorstellungen der Bauleitplanung integriert. Den Kommunen steht daher ein entsprechender Handlungsspielraum zur Verfügung, den sie – wie die Erfahrung früherer Wettbewerbe zeigt – auch nutzen. Zunehmend nutzen Kommunen auch die Möglichkeiten, die dezentrale Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen in die eigene Hand zu nehmen. Durch ein gezieltes Engagement leisten Städte und Gemeinden einen enorm wichtigen Beitrag dafür, dass Deutschland die bis 2020 angestrebte Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 auch erreichen kann. In Zeiten knapper Kassen jedoch droht der kommunale Klimaschutz als Kürzaufgabe Sparmaßnahmen zum Opfer zu fallen.

Wettbewerb
Der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ richtet sich an alle Städte und Gemeinden Deutschlands, ihre Klimaschutzaktivitäten in ausgesuchten Bereichen zu präsentieren. In diesem Jahr wird „Green IT“ als neuer Schwerpunkt im Fragebogen aufgenommen. Aufgrund des stetig steigenden Energieverbrauchs im IT-Bereich stellt es ein Handlungsfeld mit wachsender Bedeutung dar. Es werden Maßnahmen und Projekte aus folgenden klimarelevanten Themenfeldern abgefragt:

- Energiesparen
- Green IT und energieeffizientes Büro
- Energieerzeugung
- Verkehr
- Siedlungsgestaltung
- Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung

Zielgruppen
Teilnehmen können kreisangehörige und kreisfreie Städte und Gemeinden aller Größenklassen aus ganz Deutschland. Außerdem können sich Ämter, Verbandsgemeinden, Samtgemeinden, Verwaltungsverbände und Verwaltungsgemeinschaften beteiligen, vorausgesetzt eine Mitgliedsgemeinde dieser Körperschaft nimmt nicht am Wettbewerb teil.

Es werden drei Teilnehmerklassen unterschieden:
Teilnehmerklasse bis 20.000 Einwohner
Teilnehmerklasse bis 100.000 Einwohner
Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner

Auszeichnung „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“
Die Kommunen können sowohl Punkte für die Beantwortung von Fragen, als auch für die Vorstellung von eigenen Klimaschutzprojekten erhalten. Diejenige Kommune mit der höchsten Gesamtpunktzahl gewinnt den Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“. Außerdem werden die besten Kommunen in den drei Teilnehmerklassen ermittelt, welche als Bundessieger der einzelnen Kategorien gekürt werden.

Auszeichnung innovativer Einzelprojekte im Bereich „Green IT“
Insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie liegen erhebliche Einsparpotentiale in der Beschaffung energiesparender Geräte und ihrer energieeffizienten Nutzung. Der Betrieb und die Kühlung der Server können einen erheblichen Anteil am gesamten Stromverbrauch einer Kommune ausmachen. Daher prämiieren wir – zusätzlich zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ – drei Kommunen, die impulsive und überzeugende Projekte im Bereich „Green IT“ umgesetzt haben.

Hauptpreis: 30 kW-Anlage von First Solar!
Als Hauptpreis des Wettbewerbes erhält die Siegerkommune neben dem Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ eine durch das Unternehmen First Solar GmbH gestiftete 30 kW-Solarstromanlage. First Solar errichtet die schlüsselfertige Anlage mit eigenen Dünnschichtmodulen aus dem Werk in Frankfurt/Oder auf einer geeigneten kommunalen Dachfläche.

Die mit der Anlage erzielten Stromerlöse kommen dem lokalen Klimaschutz zugute. Jedes Jahr kann die Kommune zweckgebunden über die Erlöse verfügen. Ein doppelter Sieg für die Kommune und den Klimaschutz!

Vorteile für Ihre Kommune

- Sie erhalten bundesweite Aufmerksamkeit durch die Auszeichnung der Sieger im September 2010 in Berlin. Jede teilnehmende Kommune erhält eine Urkunde,
- Laufende öffentliche Berichterstattung durch Pressearbeit, Internetseite und -forum,
- Ihnen wird ein bundesweiter Vergleich ermöglicht,
- Ihre vorbildlichen Projekte werden in einer Dokumentation zum kommunalen Klimaschutz und auf Workshops präsentiert,
- Der Wettbewerb ist ein Erfolgsmesser Ihrer eigenen kommunalen Klimaschutzaktivitäten,
- Der Fragebogen bietet Ihnen einen Überblick über die zentralen Handlungsfelder einer engagierten Klimaschutzkommune,
- Sie gewinnen Anregungen für Ihre Arbeit vor Ort.

Der Flyer erläutert die Bedeutung des Handlungsfeldes „Green IT“ und weist außerdem explizit auf die Möglichkeit hin, als Sieger die von First Solar gestiftete 30 kW-Solarstromanlage gewinnen zu können.

Neben der Versendung der Druckerzeugnisse an die genannte Zahl kommunaler Ansprechpartner wurden ca. 150 Kommunen direkt telefonisch kontaktiert.

Mit diesen Telefonaten versuchten wir besonders Kommunen zur Teilnahme am Wettbewerb zu animieren, zu denen die DUH, Abteilung Kommunaler Umweltschutz, bereits über frühere Wettbewerbe, Beratungen oder Workshops direkte Kontakte in den letzten Jahren aufbauen konnte.

Der Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ startete am 1. September 2008 und der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ am 1. Januar 2010 mit einer jeweiligen Ausschreibungslaufzeit von vier Monaten.

Wir läuteten bundesweit den Start der Wettbewerbe mit einer **Presseerklärung** ein. Zudem warben wir für die Wettbewerbe in

- verschiedenen kommunalen Fachzeitschriften,
- Rundschreiben der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt,
- weiteren Mailnewslettern und
- Zeitschriften von Umweltverbänden.

Als Kooperationspartner, die den Wettbewerb zum Start über ihre verschiedenen Kommunikationskanäle bekannt machten, konnten wir folgende Institutionen gewinnen:

Kooperationspartner

- Agentur für Erneuerbare Energien
- Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE)
- co2-online
(nur Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“)
- Deutsche Energie-Agentur (dena)
- Deutscher Städtetag
(nur Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“)
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)
- GRÜNE LIGA
- ICLEI – Local Governments for Sustainability
- ifeu-Institut Heidelberg
- Inwent – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
- Klima-Bündnis

Auf der **Internetseite** unter <http://www.duh.de/klimakommune.html> wurden alle notwendigen Informationen zu den Wettbewerben und vor allem der zuvor bearbeitete **elektronische Fragebogen** mit Start der Ausschreibungsphase bereit gehalten.

Mit Ausschreibungsbeginn wurde ebenfalls das eigens zum Wettbewerb eingerichtete **Internetforum** unter <http://forum.klimaschutzkommune.de/>

freigeschaltet. Hier konnten interessierte Kommunen zum einen weitergehende Erläuterungen zum Fragebogen einsehen als auch Rückfragen zu den Kapiteln des Wettbewerbs stellen. Zudem konnte die Punktebewertung zu jeder einzelnen Frage eingesehen werden. Das Forum war und ist hauptsächlich als Diskussionsplattform für kommunale Fachleute und andere interessierte Personen zu spezifischen Fragen des kommunalen Klimaschutzes gedacht (siehe Kapitel 5; Öffentlichkeitsarbeit).

Teilnahmebedingungen

Der Fragenkatalog richtete sich an Städte und Gemeinden. Teilnehmen konnten kreisangehörige und kreisfreie Kommunen sowie Ämter, Verbandsgemeinden, Samtgemeinden, Verwaltungsverbände und Verwaltungsgemeinschaften, falls sich nicht eine Mitgliedsgemeinde einer dieser Körperschaften am Wettbewerb beteiligte. Mit der von First Solar gestifteten 30 kW-Solarstromanlage wurde ein Hauptpreis für die Gewinnerkommune ausgeschrieben. Der Rechtsweg zur Erlangung des Hauptpreises war ausgeschlossen.

5.2.1 Vorbereitung der Auswertungsphase

Erfahrungsgemäß gehen die meisten Fragebogen erst in den letzten drei Wochen der Ausschreibungsfrist ein. Früher eingehende Fragebogen wurden jedoch fortlaufend während der Ausschreibungsphase ausgewertet (Zum Prozess der Auswertung siehe 5.3).

Um die Auswertung zu vereinfachen und in Teilen zu automatisieren, wurde eine **Datenbank** zur Auslesung der Fragebogeninhalte und -daten programmiert und ein **Berechnungs- bzw. Auswertungsprogramm** in Excel erarbeitet. Dazu wurden die Berechnungsmodalitäten für die einzelnen Fragen festgelegt. Auf Grundlage dieser rechnergestützten Auswertung konnte die finale Rankingtabelle sehr einfach hergestellt werden. Darüber hinaus bereiteten wir die Vorlagen für die Ergebnisse vor, die wir an die Städte und Gemeinden zum Abschluss der Wettbewerbe gesandt haben.

5.3 Auswertung des Wettbewerbs und Auszeichnung der Siegerkommunen

Um die Fragebogen mit allen korrekten Angaben und Daten der Kommunen in die vorbereitete Datenbank einlesen zu können, war vorab ein mehrstufiger Auswertungsprozess aller eingegangener Fragebogen notwendig.

5.3.1 Ablauf der Auswertung

Der Ablauf der Auswertung gliederte sich bei jedem der beiden Wettbewerbe in drei Phasen.

1. Schritt: Kontrolle und Eingabe der Fragebögen

Zunächst wurden alle eingegangenen Fragebogen auf Plausibilität geprüft. Darüber hinaus wurde geprüft, ob alle geforderten Belege vollständig eingereicht wurden. Sämtliche Nachfragen an die Kommunen (bis zu neun Seiten) wurden schriftlich festgehalten und zeitnah mit einer Frist versehen an die Kommunen zurück gesandt. Bei Bedarf erfolgte eine telefonische Anfrage.

Je nach Detailgrad der Antworten seitens der kommunalen Ansprechpartner waren mehrere Nachfrageblöcke (bis zu drei) notwendig, um alle Informationen zu erhalten und den jeweiligen elektronischen Fragebogen abschließen und einlesen zu können. Die Nachfragen wurden dabei immer im DUH-Team gegengelesen, um zu vermeiden, dass notwendige Nachfragen übersehen werden.

Bei missverständlichen Angaben der Kommunen, zu denen wir auch auf Nachfrage keine weiteren Informationen erhielten, recherchierten wir z.T. selbst deren Stimmigkeit, um sie im Sinne der Kommunen werten zu können. Blieben die Recherchen ergebnislos oder erwies sich der Rechercheaufwand als zu umfangreich, wurden die Angaben aus der Wertung genommen. Es waren z.T. mehrfache Anpassungen der Ausgangsfragebogen einzelner Kommunen notwendig, da beispielsweise Belege zu Fragestellungen erst auf mehrfache Nachfrage nachgeliefert wurden.

2. Schritt: Bewertung der eingereichten Projekte und Maßnahmen

Nach Auswertung des Frageteils erfolgte die Auswertung der Projekte, die in jedem Handlungsfeld von den Kommunen angegeben und dokumentiert werden konnten. Der Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ erbrachte eine Gesamtzahl von 271 Projekten aus 58 Kommunen. Die Kommunen erhielten im Fragebogen an acht Stellen die Möglichkeit, Projekte einzutragen. Im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ haben die 73 Städte und Gemeinden insgesamt 293 Projekte zu den entsprechenden sechs Fragen eingereicht. Im Gegensatz zu den qualitativen und quantitativen Fragen basiert die Bewertung der Projekte auf einer Einschätzung des Projektteams. Damit dieser Vorgang dennoch nachvollziehbar ist, wurden entsprechende Bewertungskriterien ausgearbeitet. Basierend auf den eingereichten Projekten erarbeiteten wir einen Kriterienkatalog, mit dessen Hilfe wir die Wettbewerbsbeiträge bewerten konnten (siehe auch 5.3.2). Dabei wurden jeweils die Projekte im Einzelnen geprüft. Es stellte sich heraus, dass es sehr schwierig ist, Punkte streng nach einem bestimmten Muster zu verteilen. Hier war es notwendig, eingereichte Projekte lediglich vom erzielten Gesamtergebnis des Projektes her zu bewerten. Zudem trug auch der Gesamteindruck der eingereichten Projekte zu einer besseren oder schlechteren Bewertung bei.

An der Bewertung waren die vier Personen des DUH-Teams beteiligt, wobei zunächst jeder einzelne für sich eine Bewertung aller Projekte vornahm, die dann später im Rahmen einer gemeinsamen zweitägigen Sitzung zu einer DUH-Bewertung führte.

3. Schritt: Einbindung von lokalen Organisationen und eigene Recherche

Beide Wettbewerbsfragebogen enthielten den Hinweis, dass die DUH sich vorbehält, die Angaben von Kommunen, die sich im Vorderfeld platzieren, von örtlichen Umwelt- und Naturschutzverbänden überprüfen zu lassen. Damit sollte sichergestellt werden, dass nicht Kommunen ausgezeichnet werden, deren Angaben unglaubwürdig sind oder von denen negative Aktivitäten im Bereich Klimaschutz bekannt sind (wie beispielweise die Strategie der Kraftwerksbeteiligungen bei Stadtwerken u.a.). In dieser Phase baten wir die lokalen Natur- und

Umweltschutzverbände um eine Einschätzung zu den Anstrengungen im Klimaschutz von Kommunen, die nach einem ersten Ranking auf den vorderen Rängen lagen. Zu bestimmten Angaben der betreffenden Kommunen haben wir auch eigene Recherchen durchgeführt.

Die im DUH-Team getroffene Bewertung der Projekte sowie das sich daraus ergebende vorläufige Gesamtranking wurden abschließend auf einer Sitzung mit der projektbegleitenden Arbeitsgruppe diskutiert und bei Bedarf eine veränderte Punkteverteilung festgelegt.

Nach diesen drei umfassenden Arbeitsschritten konnte das endgültige Gesamtranking festgehalten werden.

Abb. 6 Beispiel für Gesamtrankingtabelle für den Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
1	Teilnehmungskategorie		[Alle]							
2										
3										
4	Platz	Stadt/ Gemeinde	Bundesland	Punkte	Bereich 1 Punkte	Bereich 2 Punkte	Bereich 3 Punkte	Bereich 4 Punkte	Bereich 5 Punkte	Bereich 6 Punkte
5	1.	Stadt Frankfurt	Hessen	152	47	24	33	38	24	26
6	2.	Stadt Frankfurt am Main	Hessen	103	58	24	34	41	19	38
7	3.	Stadt Weidenhofen	Hessen	105	43	23	38	35	25	29
8	4.	Stadt Wiesbaden	Hessen	175	57	19	25	37	12	24
9	5.	Landeshauptstadt Wiesbaden	Hessen	168	55	38	1	33	15	28
10	6.	Landeshauptstadt Stuttgart	Hessen	167	41	17	32	44	19	23
11	7.	Stadt Hünfeld	Hessen	167	43	25	7	48	13	27
12	8.	Stadt Leipzig	Sachsen	152	44	26	13	35	4	24
13	9.	Landeshauptstadt Würzburg	Hessen	144	38	24	-2	31	28	28
14	10.	Stadt Kassel	Hessen	133	28	22	26	37	14	12
15	11.	Stadt Kassel	Hessen	134	32	22	28	31	18	19
16	11.	Gemeinde Kassel	Hessen	134	48	25	27	18	3	15
17	13.	Stadt Chemnitz	Sachsen	128	33	28	26	25	5	13
18	14.	Stadt Regensburg	Bayern	127	38	13	24	24	11	13
19	15.	Stadt Ludwigshafen	Rheinland-Pfalz	122	23	12	22	35	12	18
20	16.	Stadt Mainz	Rheinland-Pfalz	124	36	27	-3	38	16	21
21	17.	Stadt Bamberg	Bayern	128	37	24	-5	35	5	27
22	18.	Gemeinde Gießen	Hessen	114	44	15	24	19	8	12
23	18.	Gemeinde Wehrheim	Hessen	114	34	15	17	28	3	13
24	18.	Stadt Nordheim	Hessen	114	37	13	16	22	4	16
25	21.	Gemeinde Sondershausen	Thüringen	113	23	15	13	28	15	13
26	22.	Stadt Regensburg	Bayern	112	38	28	23	27	1	11
27	23.	Stadt Würzburg	Hessen	111	32	13	18	28	3	13
28	23.	Stadt Pöchlarn	Österreich	111	24	28	22	16	17	12
29	25.	Gemeinde Saarlouis	Lotharingen	108	23	12	13	19	15	14
30	25.	Stadt Nordhausen	Thüringen	106	26	18	22	26	5	15
31	25.	Stadt Wehrheim i. d. Pfalz	Rheinland-Pfalz	106	31	13	28	18	1	17
32	26.	Gemeinde Olfersheim	Hessen	106	25	14	18	23	3	17
33	29.	Landeshauptstadt Hagen	Nordrhein-Westfalen	105	32	18	23	28	8	12
34	30.	Stadt Bonn	Nordrhein-Westfalen	103	28	22	1	27	3	16
35	30.	Stadt Albstadt	Baden-Württemberg	103	23	24	13	24	3	16
36	32.	Stadt Dinklage	Niedersachsen	103	34	14	14	28	8	18
37	33.	Stadt Kassel	Hessen	98	28	16	17	23	8	14
38	34.	Gemeinde Hildesheim	Niedersachsen	97	32	11	28	12	14	8
39	34.	Stadt Osnabrück	Niedersachsen	97	25	13	-2	33	7	15
40	36.	Stadt Gießen	Hessen	96	23	4	18	23	5	17
41	37.	Gemeinde Alheim	Hessen	94	25	13	17	13	11	3
42	37.	Stadt Dinklage	Niedersachsen	94	22	8	5	26	8	21
43	38.	Gemeinde Wehrheim im Tal	Hessen	92	23	14	17	18	8	28
44	40.	Gemeinde Dillheim	Hessen	91	33	4	26	3	7	12
45	41.	Stadt Sondershausen	Thüringen	90	23	3	18	22	6	12
46	42.	Stadt Gießen an der Steige	Hessen	89	33	16	7	18	18	7
47	43.	Stadt Heiligenbrunn	Hessen	88	22	3	28	23	3	12
48	44.	Stadt Sondershausen	Thüringen	86	36	14	13	15	7	3
49	45.	Wissenschaftszentrum für Sozialforschung	Hessen	85	17	13	11	26	3	15
50	45.	Stadt Wehrheim	Hessen	85	26	18	18	16	11	4
51	47.	Stadt Bad Nauheim	Hessen	84	22	17	7	22	8	16
52	48.	Gemeinde Wehrheim	Hessen	83	38	5	14	13	6	15
53	49.	Landeshauptstadt Potsdam	Brandenburg	88	18	4	16	25	5	12
54	49.	Stadt Schmalkalden	Thüringen	88	13	3	22	15	8	14
55	51.	Stadt Bad Nauheim	Hessen	73	28	13	18	11	8	3
56	52.	Stadt Hildesheim	Niedersachsen	78	32	3	12	5	12	12
57	52.	Stadt Wehrheim	Hessen	78	28	18	3	17	8	6
58	54.	Stadt Wehrheim in der Nordpfalz	Hessen	75	17	13	-3	24	13	17
59	55.	Stadt Ebersheim	Hessen	72	26	11	12	15	8	8
60	55.	Gemeinde Heiligenbrunn	Hessen	72	15	12	14	17	1	13
61	57.	Gemeinde Sondershausen	Thüringen	63	23	14	4	16	6	6
62	57.	Gemeinde Edersee-Wehrheim	Hessen	63	24	12	13	15	8	8
63	58.	Gemeinde Kassel	Hessen	68	32	15	2	13	8	6
64	58.	Stadt Wehrheim i. d. Pfalz	Rheinland-Pfalz	67	28	12	14	13	5	3
65	61.	Gemeinde Kassel	Hessen	65	13	8	16	14	18	4
66	62.	Stadt Friedland	Hessen	64	17	6	18	14	8	17
67	63.	Landeshauptstadt Wehrheim	Hessen	64	12	8	18	13	18	2
68	64.	Gemeinde Kassel	Hessen	67	18	11	6	18	8	4
69	65.	Gemeinde Gießen	Hessen	63	22	7	2	12	8	18
70	66.	Gemeinde Dillheim	Hessen	62	24	1	13	5	5	1
71	66.	Gemeinde Wehrheim	Hessen	62	25	5	17	4	1	8
72	68.	Ob- und Untergemeinde Edersee-Wehrheim	Hessen	61	12	6	14	8	18	1
73	69.	Gemeinde Wehrheim	Hessen	58	17	6	16	4	3	4
74	70.	Stadt Kassel	Hessen	47	25	5	4	14	8	2
75	74.	Gemeinde Kassel	Hessen	44	16	4	7	14	2	4
76	76.	Stadt Kassel	Hessen	41	5	2	15	11	5	3
77	77.	Gemeinde Kassel	Hessen	32	5	3	5	4	18	8

5.3.2 Bewertung eingereicherter Projekte und Bewertungskriterien

Das Bewertungsverfahren für die im Rahmen der Wettbewerbe eingereichten Projekte ist unter 5.3.1 kurz beschrieben.

Um die Projekte angemessen bewerten zu können, bedurfte es für jedes der sechs Handlungsfelder entsprechende Bewertungskriterien.

In diesem Abschlussbericht werden exemplarisch die Kriterien zur Projektbewertung für das neu erarbeitete Handlungsfeld 2 „Green IT“ im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ dargestellt.

Die Darstellung erfolgt ausgehend von der Fragestellung zu möglichen Projekten. In allen anderen Handlungsfeldern sind wir anhand eines analogen Verfahrens mit unterschiedlichen Inhalten vorgegangen.

Fragestellung

Hier können Sie ein Projekt Ihrer Kommune oder eines von der Kommune beauftragten Dienstleisters zur Verbesserung der Energieeffizienz im Bereich IT eintragen, das seit 2006 umgesetzt wurde bzw. wird.

Bepunktung der Projekte

Bei dieser Frage wurden bis zu fünf Punkte vergeben. Jede Kommune konnte eine Projektbeschreibung zur Verbesserung der Energieeffizienz im Bereich IT einreichen. Für die Angabe eines Projektes wurde in der Regel ein Punkt vergeben. Zusätzliche Punkte erhielten die Kommunen unter Berücksichtigung der folgenden Kriterien.

Bewertung der Projekte

Unter diesem Aspekt wurden uns 30 Projekte eingereicht. Wie bei der Projektbewertung unter 1.11 (Handlungsfeld 1 Energiesparen) richteten wir das Hauptaugenmerk auf die erzielten Einsparungen und die damit einhergehenden CO₂-Minderungen. Darüber hinaus war jedoch die Erkennbarkeit eines Gesamtkonzeptes bei der Effizienzverbesserung der kommunalen IT-Architektur von zentraler Bedeutung.

Im Folgenden finden sich wesentliche Bewertungskriterien:

- Es ist ein Gesamtkonzept erkennbar, das eine schrittweise Umsetzung erlaubt;
- Umfang der Einsparungen in kWh/a ist dokumentiert und lässt sich dementsprechend auch in CO₂-Einsparungen umrechnen;
- Die Reduzierung des Stromverbrauchs beginnt sichtbar bei der IT-Hardware (beispielsweise ist die Sanierung der Klimaanlage nur sinnvoll, wenn zuvor gezielt Energieeinsparungen im Bereich der Server herbeigeführt wurden, da erst dann die Dimensionierung einer neuen Klimaanlage berechnet werden sollte; vgl. mit der Gebäudesanierung: Erst die Dämmung dann die Dimensionierung der Heizung);
- Die Sinnhaftigkeit einer Optimierungsmaßnahme ist in Bezug auf vorhergehende Optimierungsmaßnahmen zu prüfen; (beispielsweise ist der Einsatz eines Netzfilters nur sinnvoll, wenn zuvor

„klassische“ Maßnahmen der Energieeinsparung im Bereich der Server (Virtualisierung/Konsolidierung) durchgeführt wurden);

- Projekt/Maßnahme beinhaltet auch einen pädagogischen Ansatz, bei der Veränderung der IT-Landschaft in Schulen;
- Standardlösungen wie z.B. Austausch von Röhrenmonitoren und Einsatz von Flachbildmonitoren werden höchstens mit 2 Punkten honoriert, wenn die Einspareffekte dokumentiert sind und der Einsatz der effizientesten Flachbildschirme (vgl. TFT Eizo) gewährleistet ist;

Für die Vorbereitung der abschließenden Sitzung der projektbegleitenden Arbeitsgruppe haben alle Teilnehmer umfangreiche Unterlagen mit den Details zu jedem Projekt aus den im Vordergrund (in der Regel Plätze 1 bis 6 in den jeweiligen Teilnehmerklassen) rangierenden Kommunen erhalten, ohne jedoch die genaue Platzierung der jeweiligen Kommune im Vorabranking zu kennen.

Damit sollte eine Vorfestlegung vermieden werden.

Die Unterlagen enthielten darüber hinaus eine kurze Zusammenfassung aller eingereichten Projekte gemäß der Projektmatrix im Fragebogen.

Zusammen mit den oben genannten Mitgliedern der projektbegleitenden Arbeitsgruppe wurden im Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ die insgesamt zehn prämierten Einzelprojekte festgelegt, die die Auszeichnung „Klimaschutzprojekt 2009“ erhielten. Im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ legte das DUH-Team zusammen mit der projektbegleitenden Arbeitsgruppe die Gewinnerprojekte im Bereich „Green IT“ fest, die für eine eigenständige Sonderauszeichnung ausgewählt wurden.

5.3.3 Statistische Auswertung für die Kommunen

Wenige Tage vor der Auszeichnungsfeier zum jeweiligen Wettbewerb erhielten alle Teilnehmerkommunen eine umfangreiche statistische Auswertung ihrer eigenen Wettbewerbsergebnisse. Aus den Daten lässt sich ein erstes Stärken-Schwächen-Profil für jede Kommune ableiten, auf dessen Basis eine Grobanalyse des derzeitigen Standes im kommunalen Klimaschutz möglich ist.

Der kommunale Auswertungsbericht umfasst insgesamt 13 Seiten.

Am Beispiel der Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010 – Freiburg im Breisgau – wird der Aufbau der Auswertung in der folgenden Abbildung (siehe nächste Seite) verdeutlicht: Ein komplettes Beispiel für eine statistische Auswertung findet sich in der Projektdokumentation zum Abschlussbericht.

Abb. 7 Statistische Auswertung der kommunalen Wettbewerbsergebnisse am Beispiel Freiburg im Breisgau




**Ergebnisse des Wettbewerbs
„Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“**

STADT FREIBURG

Gesamtpunktzahl
192

Gesamtergebnis
Rang 1 von 73 Teilnehmerkommunen

Teilnehmerklasse: über 100.000 Einwohner
Rang 1 von 20 Teilnehmerkommunen

Bundesland: Baden-Württemberg
Rang 1 von 16 Teilnehmerkommunen

Radolfzell im Oktober 2010




Wettbewerbsergebnis der Stadt Freiburg

Bereich 1: Energiesparen
Erreichte Punktzahl: 47
Platz der Kommune: 6
Durchschnittliche Punktzahl: 28,30
Höchste erreichte Punktzahl: 57

Bereich 2: Green IT und energieeffizientes Büro
Erreichte Punktzahl: 24
Platz der Kommune: 6
Durchschnittliche Punktzahl: 14,12
Höchste erreichte Punktzahl: 30

Bereich 3: Energieerzeugung
Erreichte Punktzahl: 33
Platz der Kommune: 2
Durchschnittliche Punktzahl: 14,96
Höchste erreichte Punktzahl: 34

Bereich 4: Verkehr
Erreichte Punktzahl: 38
Platz der Kommune: 5
Durchschnittliche Punktzahl: 20,90
Höchste erreichte Punktzahl: 41

Bereich 5: Siedlungsgestaltung
Erreichte Punktzahl: 24
Platz der Kommune: 3
Durchschnittliche Punktzahl: 7,03
Höchste erreichte Punktzahl: 28

Bereich 6: Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung
Erreichte Punktzahl: 26
Platz der Kommune: 6
Durchschnittliche Punktzahl: 13,18
Höchste erreichte Punktzahl: 30

Ergebnisse des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ | Seite 2 von 13




Bereich 1: Energiesparen

1.1 Animiert Ihre Kommune ihre Bediensteten und Nutzer ihrer Gebäude zum Energiesparen? Wenn ja, wie?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 2
Durchschnittliche Punktzahl: 2,27
Maximal erreichbare Punktzahl: 5

1.2 Führt Ihre Kommunalverwaltung gegenwärtig in folgenden Gebäuden Anreizmodelle zum verhaltensbedingten Energiesparen mit Erfolgsbeteiligung für die Nutzer durch (z.B. Fifty/Fifty-Projekte)?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 4
Durchschnittliche Punktzahl: 1,26
Maximal erreichbare Punktzahl: 7

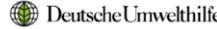
1.3 Wurden bis einschließlich 2009 kommunale Gebäude oder Gebäude kommunaler Eigenbetriebe im verbesserten Niedrigenergie- oder Passivhausstandard neu gebaut oder nach diesen Standards entsprechend saniert?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 7
Durchschnittliche Punktzahl: 1,86
Maximal erreichbare Punktzahl: 7

1.4 Hat Ihre Kommune bis einschließlich 2009 eine energetische Bewertung Ihrer Liegenschaften vorgenommen?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 0
Durchschnittliche Punktzahl: 1,05
Maximal erreichbare Punktzahl: 4

1.5 Hat Ihre Kommune Leitlinien zur Errichtung energiesparender Neubauten, zur energieeffizienten Sanierung bestehender Liegenschaften und zur effizienten Energienutzung verabschiedet?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 5
Durchschnittliche Punktzahl: 1,25
Maximal erreichbare Punktzahl: 5

1.6 Führt Ihre Kommune eine regelmäßige Kontrolle des Heizenergieverbrauchs in Ihren Gebäuden durch?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 5
Durchschnittliche Punktzahl: 3,77
Maximal erreichbare Punktzahl: 5

Ergebnisse des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ | Seite 3 von 13

1.7 Führt Ihre Kommune eine regelmäßige Kontrolle des Stromverbrauchs in Ihren Gebäuden durch?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 5
Durchschnittliche Punktzahl: 3,64
Maximal erreichbare Punktzahl: 5

1.8 Wie hoch war der Energieverbrauch der kommunalen Gebäude 2008 im Vergleich zu 2003?
Wärmeeinsparung
Erreichte Punktzahl der Kommune: 2
Durchschnittliche Punktzahl: 2,03
Maximal erreichbare Punktzahl: 8
Stromeinsparung
Erreichte Punktzahl der Kommune: 3
Durchschnittliche Punktzahl: 2,16
Maximal erreichbare Punktzahl: 8

1.9 Straßenbeleuchtung
Erreichte Punktzahl der Kommune: 3
Durchschnittliche Punktzahl: 3,25
Maximal erreichbare Punktzahl: 6
Stromeinsparung
Erreichte Punktzahl der Kommune: 3
Durchschnittliche Punktzahl: 0,90
Maximal erreichbare Punktzahl: 4

1.10 Führen Sie regelmäßige kommunale CO₂-Bilanzen durch, in denen der Erfolg Ihrer Energiesparmaßnahmen in den kommunalen Liegenschaften anhand des CO₂-Ausstoßes dokumentiert wird?
Erreichte Punktzahl der Kommune: 4
Durchschnittliche Punktzahl: 2,36
Maximal erreichbare Punktzahl: 4

1.11 Nennen Sie uns eine vorbildliche Energiesparmaßnahme, die seit 2006 in den kommunalen Liegenschaften realisiert wurde.
Erreichte Punktzahl der Kommune: 4
Durchschnittliche Punktzahl: 2,49
Maximal erreichbare Punktzahl: 5

Ergebnisse des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ | Seite 4 von 13

5.3.4 Auszeichnung der Siegerkommunen

Nach der oben dargestellten Auswertung standen folgende Kommunen als Gewinner der beiden Wettbewerbe „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ fest:

Klimaschutzkommune 2009

Klimaschutzkommune 2009 - Sieger in den Teilnehmerklassen

Klimaschutzkommune 2009 – Bundesieger Wettenberg

Sieger der Teilnehmerklasse unter 20.000 Einwohner/innen

1. Wettenberg (HE)
2. Bad Säckingen (BW)
3. Ratekau (SH)

Sieger der Teilnehmerklasse bis 5.000 Einwohner/innen

1. Ascha (BY)
2. Wildpoldsried (BY)
3. Merkendorf (BY)

Klimaschutzkommune 2009 - Klimaschutzprojekte 2009

Klimaschutzprojekte nach Themenbereichen

Klimaschonende Energieerzeugung und Einsatz erneuerbarer Energien

- Neuerburg (RP)
*Holzenergienutzung in Nahwärmenetz
verbunden mit energetischer Sanierung*
- Pullach im Isartal (BY)
*Nutzung der Tiefengeothermie zur
Wärmeversorgung*
- Buttenwiesen (BY)
Nahwärmekonzeption auf Basis von Biogas
- Morbach (RP)
„Morbacher Energielandschaft“

Energiesparen und Energieeffizienz

- Mettlach (SL)
energetische Sanierung des Freibades
- Wildpoldsried (BY)
„1000-Pumpen-Austauschprogramm“

Klimaschonende Verkehrsentwicklung

- Rommerskirchen (NRW)
„Fahrradfreundliche Kommune“
- Merkendorf (BY)
Radwegeanbindung an ÖPNV-Haltepunkt

Beteiligung der Bürgerschaft am kommunalen Klimaschutz

- Dötlingen (NS)
Projekt „Energieeffizientes Dötlingen“
- Wiernsheim (BW)
kommunaler Energiearbeitskreis

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010 - Sieger in den Teilnehmerklassen

„Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“
Freiburg im Breisgau

Sieger der Teilnehmerklasse über 100.000
Einwohner/innen

1. Freiburg im Breisgau
2. Frankfurt am Main
3. Heidelberg

Sieger der Teilnehmerklasse von 20.000 bis
100.000 Einwohner/innen

1. Esslingen (BW)
2. Ludwigsburg (BW)
3. Norderstedt (SH)
3. Ganderkesee (NS)

Sieger der Teilnehmerklasse von 20.000 bis
100.000 Einwohner/innen

1. Ratekau (SH)
2. Wettenberg (HS)
3. Prenzlau (BR)

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010 - Auszeichnung Green-IT-Projekt 2010

- Leipzig
Neubau des Primärrechenzentrums
- Hannover
Green IT an Schulen
- Nordhausen (TH)
*Umfassendes Konzept zur
Servervirtualisierung*

Organisation der Auszeichnungsfeier

Die Auszeichnungsfeier zu beiden Wettbewerben fand jeweils in der saarländischen Landesvertretung in Berlin statt. Noch bevor das endgültige Endergebnis des Wettbewerbs feststand, wurde mit den organisatorischen Vorbereitungen für die Feier begonnen.

Für die Einladung zur Auszeichnungsfeier wurde ein entsprechender Flyer entwickelt, der das Programm der jeweiligen Auszeichnungsfeier enthielt.

Die Flyer zu den Auszeichnungsfeiern wurden an ca. 1000 Adressen versandt. Neben den Verwaltungsspitzen und zuständigen Ansprechpartnern der Teilnehmerkommunen wurden alle Berliner Bundestagsabgeordneten sowie die Mitglieder des Berliner Senats und der Bezirksämter zur Auszeichnungsfeier eingeladen. Darüber hinaus umfasste der Verteiler auch Vertreter von Umweltverbänden und Multiplikatoren im Bereich kommunaler Klimaschutz. Per E-Mail wurden gezielt Kommunen aus dem Brandenburger Umland auf die Veranstaltung hingewiesen.

An den Auszeichnungsfeiern waren ca. 100 bis 120 Teilnehmende anwesend. Noch am Tag der Auszeichnungsfeier wurden Fotos von Vertretern der ausgezeichneten Kommunen sowie die Laudationes der Siegerkommunen auf der Internetseite unter <http://www.duh.de/klimakommune.html> veröffentlicht und standen damit zeitnah der Presse zur Verfügung. Auf der nächsten Seite finden sich die Einladungsflyer zu den Auszeichnungsfeiern.

Abb. 8 Einladungsflyer zur Auszeichnungsfeier im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“

Schirmherr des Projekts
Prof. Dr. Mojib Latif
 Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR
 an der Universität Kiel

Kooperationspartner

Bildnachweis
 Titelbild groß: Gemeinde Morbach
 Kleine Bilder Vorderseite v.l.: S. Hofschlaeger/Pixelio;
 Schemmi/Pixelio; G. Altman/Pixelio; Stadt Sigmaringen
 Fotos innen v.l.: 1-4 siehe Vorderseite, 5-8: R.-G. Meiser/Pixelio;
 T. Heinrichs-Noll/Pixelio; Stadtwerke Osnabrück AG; B. Kaintoch/Pixelio;
 Sonnenblume: M. Dumat/Pixelio

Veranstaltungsort
 Landesvertretung des Saarlandes beim Bund
 In den Ministergärten 4
 10117 Berlin

Verkehrsanbindung
 Die Vertretung des Saarlandes liegt zwischen Brandenburger Tor im Norden und Potsdamer Platz im Süden. Von den S+U-Bahnhaltstellen Potsdamer Platz ist der Veranstaltungsort in etwa fünf Minuten Fußweg zu erreichen.
 S-Bahn: S1, S2, S25, U-Bahn: U 2, Buslinien: 200, 347, M41, M48, M85

Kontakt
Deutsche Umwelthilfe
 Daria Junggeburch
 Hackescher Markt 4
 10178 Berlin
 Tel: 030 2400867-33
 Fax: 030 2400867-19
 E-Mail: junggeburch@duh.de
 www.duh.de

Wettbewerb

Einladung zur Auszeichnungsfeier

am 12. Mai 2009 in der Landesvertretung
des Saarlandes in Berlin

Der Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“
 Städte und Gemeinden leisten einen zentralen Beitrag dafür, dass Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen kann. Mit der „Klimaschutzkommune 2009“ hat die Deutsche Umwelthilfe einen Wettbewerb speziell für kleine und mittlere Kommunen bis 20.000 Einwohner ausgeschrieben. Im Rahmen des Wettbewerbs stellen Kommunen ihre Aktivitäten auf den Prüfstand und präsentieren innovative und nachahmenswerte Ansätze.
 Insgesamt 58 Städte und Gemeinden sind diesem Aufruf gefolgt. Die Ergebnisse zeigen, wie vielfältig das Engagement für den Klimaschutz sein kann.
 Bei der Auszeichnungsfeier in Berlin wird der Gesamtsieger mit dem Titel „Klimaschutzkommune 2009 – Bundessieger“ ausgezeichnet. Die jeweils besten drei Kommunen in den Teilnehmerklassen bis 5.000 Einwohner und bis 20.000 Einwohner erhalten den Titel „Klimaschutzkommune 2009“.
 Mit der Auszeichnung zum „Klimaschutzprojekt 2009“ werden die besten zehn Einzelprojekte prämiert und gewürdigt. Es konnten Projekte in den Bereichen Energiesparen, Energieerzeugung, Verkehr, Siedlungsgestaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation eingereicht werden. Die Projekte wurden gemeinsam mit einer projektbegleitenden Arbeitsgruppe ausgewählt. Vertreter aus folgenden Institutionen haben in der projektbegleitenden Arbeitsgruppe mitgewirkt:

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Büro Ö-quadrat
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutsches Institut für Urbanistik
- ifeu-Institut Heidelberg
- Klima-Bündnis e.V.
- Saint-Gobain Isover G+H AG

Schirmherr des Wettbewerbs ist Prof. Dr. Mojib Latif, Professor am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR an der Universität Kiel.
 Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und die Klimaschutz-Initiative CO_NTRA der Saint-Gobain Isover G+H AG fördern dieses Projekt finanziell.

Programm der Auszeichnungsfeier

<p>11:00 Uhr Begrüßung Rainer Baake <i>Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V.</i></p> <p>11:05 Uhr Grußworte Prof. Dr. Mojib Latif <i>Professor am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR an der Universität Kiel</i></p> <p>Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde <i>Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)</i></p> <p>Alexander Geißels <i>Beirat der Klimaschutz-Initiative CO_NTRA und Leiter der Isover-Akademie</i></p> <p>11:35 Uhr Musikstück</p>	<p>12:35 Uhr Musikstück</p> <p>12:45 Uhr Ausblick Prof. Dr. Harald Kächele <i>Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.</i></p> <p>13:00 Uhr Ausklang der Festveranstaltung mit anschließendem Imbiss und Sektempfang</p>	
--	--	--

11:45 Uhr **Auszeichnung der Städte und Gemeinden und der Klimaschutzprojekte**
Prof. Dr. Mojib Latif
Professor am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR an der Universität Kiel
Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.
Laudatoren:
Vertreter der projektbegleitenden Arbeitsgruppe zum Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“

Anmeldung
 Bitte faxen Sie das beigelegte Anmeldeformular bis zum 4. Mai 2009 an die Faxnummer 030 2400867-19. Sie können Ihre Anmeldung auch per E-Mail an junggeburch@duh.de oder per Post senden an:
 Deutsche Umwelthilfe e.V.
 Daria Junggeburch
 Hackescher Markt 4
 10178 Berlin
 Weitere Infos unter www.klimaschutzkommune.de

Abb. 9 Einladungsflyer zur Auszeichnungsfeier im Rahmen des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Schirmherr des Projektes
Prof. Dr. Mojib Latif
Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR
an der Universität Kiel

Kooperationspartner

Förderer

Bildnachweis
Titelbild oben: G. Schoenemann/Pixelio.de
Vorderseite v.a.: S. Kalinoch/Pixelio; First Solar;
C. Hautum/Pixelio; D. Schmidt/Pixelio
Bilder innen: R. Sturm, Nöhren, K. Brockmann,
U. Dreixler und D. Schütz, alle Pixelio;
First Solar/Solar City, San Rafael Residence
Rückseite: Gemeinde Wetenberg;
V. Mildenberg, R. Sturm L. Schmyrova/allePixelio

Veranstaltungsort
Landesvertretung des Saarlandes beim Bund
In den Ministertgärten 4, 10117 Berlin

Verkehrsverbindung
Die Vertretung des Saarlandes liegt zwischen Brandenburger Tor im Norden und Potsdamer Platz im Süden. Von den S+U-Bahnhaltestellen Potsdamer Platz ist der Veranstaltungsort in etwa fünf Minuten Fußweg zu erreichen.
S-Bahn: S1, S2, S25, U-Bahn: U 2,
Buslinien: 200, 347, M41, M48, M85

Deutsche Umwelthilfe
Deutsche Umwelthilfe e.V.
Daria Junggeburch
Hackescher Markt 4, 10178 Berlin
Tel: 030 2400867-33
Fax: 030 2400867-19
E-Mail: junggeburch@duh.de
www.duh.de

BUNDESHAUPTSTADT im KLIMASCHUTZ 2010

EINLADUNG ZUR AUSZEICHNUNGSFEIER

am 25. Oktober 2010 in der Landesvertretung des Saarlandes in Berlin

www.klimaschutzkommune.de

Der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Städte und Gemeinden leisten einen zentralen Beitrag dafür, dass Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen kann. Mit der „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ hat die Deutsche Umwelthilfe inzwischen den dritten kommunalen Klimaschutzwettbewerb ausgeschrieben. In diesem Jahr konnten sich wieder Städte und Gemeinden aller Größenklassen bewerben. Im Rahmen des Wettbewerbs stellen Kommunen ihre Aktivitäten auf den Prüfstand und präsentieren innovative und nachahmenswerte Ansätze.

Insgesamt 73 Städte und Gemeinden sind diesem Aufruf gefolgt. Die Ergebnisse zeigen, wie vielfältig das Engagement für den Klimaschutz sein kann.

Bei der Auszeichnungsfeier in Berlin wird der Gesamtsieger mit dem Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ ausgezeichnet. Die jeweils besten drei Kommunen in den Teilnehmerklassen bis 20.000 Einwohner, bis 100.000 Einwohner und über 100.000 Einwohner werden mit dem Titel „Klimaschutzkommune 2010“ gewürdigt.

Mit der Auszeichnung innovativer Einzelprojekte im Bereich „Green IT“ werden drei Kommunen prämiert, die in diesem Bereich impulsgebende und überzeugende Projekte umgesetzt haben. In der Informations- und Kommunikationstechnologie liegen erhebliche Einsparpotentiale. Bisherige Einsparerfolge in den Kommunen werden in erster Linie durch eine Ausweitung der Leistungskapazitäten im IT-Bereich wieder zunichte gemacht. Aus diesem Grund wurde das Handlungsfeld „Green IT“ als besonderer Schwerpunkt des Wettbewerbs gewählt.

Die Deutsche Umwelthilfe wurde bei der Auswertung durch Vertreter folgender Institutionen unterstützt:

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Büro Ö-quadrat
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutscher Städtetag

- First Solar GmbH
- ifeu-Institut, Heidelberg
- Klima-Bündnis e.V.
- Saint Gobain Isover G+H AG

Die Siegerkommune gewinnt als Hauptpreis eine 30 kW-Solarstromanlage, die durch das Unternehmen First Solar GmbH gestiftet und schlüsselfertig auf einer geeigneten kommunalen Dachfläche aufgebaut wird. Die mit der Anlage erzielten Stromerlöse kommen dem lokalen Klimaschutz zugute. Jedes Jahr kann die Kommune zweckgebunden über die Erlöse verfügen. Ein doppelter Sieg für die Kommune und den Klimaschutz!

Programm der Auszeichnungsfeier

11:00 Uhr Begrüßung
Ministerialdirigent Jürgen Lennartz
Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund
Rainer Baake
Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e.V.

11:05 Uhr Grußworte
Prof. Dr. Mojib Latif
Professor am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR an der Universität Kiel
Dr.-Ing. E. h. Fritz Brickwedde
Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU)
Alexander Geißels
Beirat der Klimaschutz-Initiative CO₂NTRA
Leiter der ISOVER Akademie und Marketing

11:35 Uhr Musikstück

11:40 Uhr Auszeichnung der Städte und Gemeinden und der Green-IT-Projekte
Prof. Dr. Mojib Latif
Professor am Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-GEOMAR an der Universität Kiel
Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Laudatoren
Vertreter der projektbegleitenden Arbeitsgruppe zum Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

12:35 Uhr Feierliche Preisübergabe an die Siegerkommune
David Wortmann
Vice President Policy and Public Affairs der First Solar GmbH und Leiter des Hauptstadtbüros

12:45 Uhr Musikstück

12:50 Uhr Ausblick
Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.

13:00 Uhr Ausklang der Festveranstaltung mit anschließendem Imbiss und Sektempfang

ANMELDUNG
Bitte faxen Sie das beigelagte Anmeldeformular bis zum 15. Oktober 2010 an die Faxnummer 030 2400867-19.
Sie können Ihre Anmeldung auch per E-Mail an junggeburch@duh.de oder per Post senden an:
Deutsche Umwelthilfe e.V.
Daria Junggeburch
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Weitere Infos unter www.klimaschutzkommune.de

Abb. 10 Impressionen von den Auszeichnungsfeiern

Klimaschutzkommune 2009 – 12. Mai 2009



Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010 – 25. Oktober 2010



Alle Fotos: DUH

5.4 Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse und Verbreitung der Ergebnisse/Erfahrungsaustausch über regionale Workshops

5.4.1 Die Wettbewerbsdokumentationen

Ein Hauptziel der kommunalen Klimaschutzwettbewerbe der DUH war und ist die Verbreitung guter Praxiseispiele aus den Teilnehmerkommunen.

Zu diesem Zweck hat das DUH-Team entsprechende Dokumentationen zu den Wettbewerben erarbeitet, die in allen Handlungsfeldern des Wettbewerbs vorbildliche und auf andere Kommunen übertragbare Beispiele präsentieren.

In diesen Dokumentationen finden alle interessierten Kommunen einen reichen

Fundus an praktikablen Maßnahmen, die den Ausstoß von Treibhausgasen vor Ort signifikant mindern können.

Den Praxisbeispielen vorangestellt wurde in beiden Dokumentationen ein Porträt der jeweiligen Siegerkommunen – also Wettenberg und Freiburg im Breisgau.

Darin werden besondere Ansätze dieser Kommunen dargestellt, aber vor allem auch die kontinuierliche Arbeit im Klimaschutzmanagement vor Ort erläutert und gewürdigt.

Die Dokumentationen sind als N° 93 und N° 102 in der DStGB-Dokumentationsreihe erschienen und wurden von DUH, DStGB und DST (nur im Fall Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010) gemeinsam herausgegeben.

Die Nachfrage nach den Dokumentationen ist ungebrochen hoch.

Abb. 11 Dokumentation „kleine Kommunen groß im Klimaschutz“ zum Wettbewerb Klimaschutzkommune 2009



die Wärmeübertrager befinden, und einem derzeit 18 Kilometer langen Fernwärmekanal. Die jeweiligen Übergangsstellen sind in den angrenzenden Gebäuden untergebracht. Als kommunalen Übergangsstellen sind in den angrenzenden Gebäuden untergebracht. Als kommunalen Übergangsstellen sind in den angrenzenden Gebäuden untergebracht.



Geothermische Bohrung
- nur Bild von unten

Den sehr hohen Anfangsinvestitionen für die Gemeinde, die sich aus den Bohrkosten, der komplexen Anlagenfertigung und dem Fernwärmestrombau ergeben und lediglich aus stromerzeugenden Anlagen und durch einen Zuschuss der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgedeckt werden, stehen mit fortschreitendem Ausbau der Fernwärmevernetzung Einsparungen gegenüber. Für das Jahr 2007 ergibt sich durch die Wärmevernetzung aus der Tiefe für die kommunalen Gebäude bereits ein Kostensparnis von 51.000 Euro pro Jahr im Vergleich zur Verengung mit Gas. Für 2009 liegt die Prognose schon bei 200.000 Euro pro Jahr.

Kontakt
Gemeinde Pütlach im Isartal
Dr. Ralph Basch
Lehrer Adolph Umwelt
Tel. 039 74474-40
E-Mail: rafr@pue-tlach.de

Stromversorgung

Photovoltaik

Die Mehrzahl neuer Photovoltaikanlagen in Deutschland sind in geeigneten Dächern errichtet. Aus Sicht des Naturschutzes sind Aufdachanlagen sinnvoll, denn durch sie werden keine zusätzlichen Freiflächen überbaut. Photovoltaik in Form von Freilandanlagen ist auch in Parks, die den Ausbau erneuerbarer Energien grundsätzlich befürworten, nicht unumstößlich. Kritisch gesehen werden die Nutzung der Landschaft zur

Energiegewinnung und die damit einhergehende Veränderung des Landschaftsbilds. Auf der anderen Seite findet durch den Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen keine vergleichbare tatsächliche Bodenversiegelung wie durch Neuzugänge, Gleisbauvorhaben oder Straßenbau statt. Hinzu kommt, dass Photovoltaikpanels oft auf vorbestehenden Flächen wie ehemaligen Mülldeponien errichtet werden. In den

30/2011 Klima-Konzept.pdf im Klimaschutz 17

letzten Jahren betrug der Zubau an Freiland-Photovoltaikanlagen nur ein Zehntel der Gesamtleistung der jährlich neu installierten Solarstromanlagen. Aus wirtschaftlichen Überlegungen und aus Sicht des Naturschutzes muss auch der weitere Zubau an Freilandanlagen geprüft werden. Dieser Zubau wird notwendig, damit die Photovoltaikbranche ihren bislang eher bescheiden Anteil von 0,6 Prozent am Brutto-Stromverbrauch (Stand 2008) weiter erhöhen kann. Die Errichtung neuer Freiflächenanlagen ist in jedem Fall in einer ganzheitlichen Vorgehensweise anzulegen, die Klimaschutz und Naturschutzaspekte gleichrangig berücksichtigt. Beim Bau von Freiland-Solarstromanlagen sollte folglich dem naturschutzfachlichen Ausgleich und der Begrünung der betroffenen Bevölkerung an der Planung ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Auf diesem Weg gilt es Freilandanlagen an geeigneten Standorten zu planen, um sie verstärkt in einen zukünftigen Strommix, der regenerativer Energien miteinander kombiniert, einzubringen.

Hinzu bedarf es unter anderem des wirtschaftlichen Engagements von Kommunen wie der kleinen niederrheinischen Gemeinde von Telle für die kommunalen Gebäude bei der Umsetzung einer Pilotanlage vorantreiben.

Aicha – Gemeinde ermöglicht Freilandphotovoltaik

Der Photovoltaik „Aich“ einer privaten Initiative stehen auf dem Gebiet der Gemeinde Aicha im November 2008 sieben Bäume auf 1,87 Hektar (ca. 1900) m² Fläche. Die Leistung entspricht einer Leistung von ca. 1,2 MW. Derzeit wird in Aicha eine Freiflächenanlage zur Erzeugung von Solarstrom errichtet. Die jährliche Stromerzeugung durch die Photovoltaikanlage wird auf ca. 1,2 Mio. kWh geschätzt. Die Anlage wird auf einer Fläche von ca. 1,2 Hektar, die bisher über 300 Haushalte können rechtlich über Jahre hinweg mit klimafreundlichem Strom versorgt werden.

Gegenüber dem Bau von Windenergieanlagen und Photovoltaikpanels gibt es in vielen Kommunalverwaltungen, in Kommunalparlamenten und in der Bürger-schaft noch zu viele Vorbehalte.

Nicht so in der 1500 Einwohner zählenden Gemeinde Aicha, die zur Verwaltungsgemeinschaft Mittelhörsing gehört. Hier wurde zusätzlich eine Flächenstudie durchgeführt, um geeignete Standorte für Freiflächenanlagen zu ermitteln. Nach diesem notwendigen Schritt in der vorbereitenden Bauleistungsphase wurde mit der Aufstellung der Bauleistungspläne das Sondermündigkeitsverfahren „Aich“ ausgewiesen. Mit diesem Entscheidungs- und Planungsverfahren bzw. -verfahren sind die Gemeinde Aicha der Weg für den Bau des Photovoltaikparks.

Damit demonstriert Aicha, welche Potenziale der Solarstromnutzung ausgeschöpft werden können, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

Damit demonstriert Aicha, welche Potenziale der Solarstromnutzung ausgeschöpft werden können, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

Kontakt
Gemeinde Aicha
Verwaltungsgemeinschaft Mittelhörsing
Ester Bürgermeister Wolfgang Zingl
Tel. 09961 9400-0
E-Mail: w.zingl@vmmh.de

Königsberg im Regen – der Sonne entgegen

Das jährlich wie im Aicha hat auch die unterfränkische Gemeinde Königberg in Bayern im Landkreis Haßberge durch Aufstellung eines qualifizierten Bestimmungsgesetzes für Sondergebiete dazu beigetragen, dass ein privater Betreiber im Ortsteil Hühnerbach einen Solarpark errichten konnte. Bereits seit Juni 2005 betreibt die Solarpark Hühnerbach GmbH & Co. KG eine Freiflächenanlage mit einer installierten Leistungskapazität von 1088 kWp (1 MWp). Die Entscheidung der Gemeinde auf ihren Gebiet eine Freiflächenanlage zur Erzeugung von Solarstrom zu lassen und über das

Kontakt
Solarpark Hühnerbach
GmbH & Co. KG
Heinrich Zehender
Tel. 07344 919000
E-Mail: zehender@shb.de

30/2011 Klima-Konzept.pdf im Klimaschutz 20

baulandähnliche Verfahren zu genehmigen, hat eine Investition von 3,75 Millionen Euro ermöglicht.

Ein deutlicher Fingerzeig, welche wirtschaftliche Dynamik der Aufbau einer Energiegewinnung, die auf erneuerbare Energien basiert, erzeugen kann.

Windenergie

Wegscheider mit Photovoltaikanlagen in der freien Landschaft ist es auch gegenüber der Windenergie immer noch große Vorbehalte.

In engen Bundesländern herrscht nach wie vor über die Instrumentarien der Regionalplanung eine sehr restriktive Ausweisungsbogen auf Verengungsbereichen für Windenergieanlagen. Außerdem dieser nur in geringen Leistung ausgewiesen und teilweise für die Windenergieerzeugung ungeeignete Standorte für die Bau von Windrädern sind. Auch auf kommunaler Ebene sind Windenergiepark zum Teil unerwünscht. Dabei lässt die Windenergie gerade im Vergleich zur Freiland-Photovoltaik den entscheidenden Vorteil, dass mit der Errichtung von Windenergieanlagen bei gleicher Ausnutzung der Fläche wesentlich mehr Leistungskapazität installiert und damit ein höherer Stromertrag erzielt werden kann. Das gilt insbesondere auch für das sogenannte „Repering“, also den Ersatz von Altanlagen durch neue und leistungsstärkere. Weltweit als die größte Photovoltaik außerhalb des Siedlungsbereichs ist die Windkraft im Binnenland auf geeignete Standorte angewiesen. Kommunen können mit einer Bauleitplanung, die Windkraftnutzung ermöglicht, weiterhin dazu beitragen, dass der Zubau von Anlagen im Binnenland naturverträglich erfolgen kann. Ein Beispiel aus Brandenburg dokumentiert diese Möglichkeit.

Falkenberg unterstützt Windenergiebau

in Brandenburg

Die Bundesländer Brandenburg besitzt beste Voraussetzungen für den Aufbau einer Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien. So kommt laut dem Fach der Vergleichsstudie zwischen dem Bundesländern im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien, die im Frühjahr 2009 veröffentlicht wurde.

Brandenburg ist Windland. Das gilt nicht nur für die bis jetzt installierte Leistung sondern auch für die gezielte Unterstützung dieser Form der Stromerzeugung. Brandenburg hat die längste Photovoltaik- und Windkraft-Photovoltaikfläche, aber vor allem Spitzenwert beim Ausbau der Windenergie, so war ein Resultat der Studie. Bis 2020 soll ein Fünftel des Primärenergiebedarfs

aus dem Landes durch Wind- und Solarertrag, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie gedeckt werden.

Zur Umsetzung dieser politischen Zielsetzungen ist das Engagement der Kommunen gefragt.

In der Stadt Falkenberg/Elster zeigt sich die Bereitschaft an diesen Ziel mitzuwirken unter anderem darin, dass die Kommune eine Investition in die Errichtung des Windparks „Steinberg“ bestreitet aus sieben Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 10,5 MW ermöglicht hat. Falkenberg hat dabei den Flächenenergieertrag unterstützt und im Rahmen der Bauleitplanung Bau- und Wegerecht hergestellt. Die Falkenberger haben durch die Ausnutzung ihrer Handlungsoptionen im Planungs- und Genehmigungsprozess und mit ihrer idealen Projektunterstützung die Errichtung eines Windparks ermöglicht, der seit 2007 mit einer jährlichen Stromerzeugung von durchschnittlich 21800 MWh rund 7000 Haushalte mit Strom versorgen kann.

Kontakt
Stadt Falkenberg/Elster
Viktor Möbus
Bismarck
Tel. 033635 41165
E-Mail: v.mobus@falkenberg-elster.de

Effiziente Energieerzeugung – Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung

Neben dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieerzeuger in Städten und Gemeinden sind der rationale Energieerzeugung und die Erzeugung von fossilen Brennstoffen zwei ganz entscheidende Faktoren, wenn es sowohl um die Gesamtsensitivität des Klimaschutzes als auch um kommunaler Ebene punkten soll.

Ortenau setzt sich für Kraft-Wärme-Kopplung ein

Bereits Mitte der 1990er Jahre sprach die Gemeinde Ortenau im Mühlbach die Errichtung in der jetzt städtischen Hausenerzeugung aus, bei der Nachrüstung einer Heizungsanlage das bereits bestehende Nahwärmenetz, zugeführt werden. Die Errichtung der BHKW zu speisen, die Umstellung und der Einbau des erdgasbetriebenen BHKW erfolgte dann aber tatsächlich erst im Jahr 2004. Später Lohn für die Bemühungen der

30/2011 Klima-Konzept.pdf im Klimaschutz 21

Die 32 Seiten starke Dokumentation erschien im September 2009 und kann im Internet unter <http://www.duh.de/2196.html> heruntergeladen werden.

Abb. 12 Dokumentation „Klimaschutz jetzt! – Städte und Gemeinden gehen voran“ zum Wettbewerb Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

Klimaschutz jetzt!
Städte und Gemeinden gehen voran

BUNDESHAUPTSTADT im KLIMASCHUTZ 2010



Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Deutscher Städtetag **Deutsche Umwelthilfe** **DSTGB**

30/2011 Klimaschutz 2009 Städte und Gemeinden gehen voran 7

Die Sieger des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

I. Teilnehmernklasse über 100.000 Einwohner
1. Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg)
2. Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010
3. Hückelhagen (Baden-Württemberg)

II. Teilnehmernklasse 20.000 bis 100.000 Einwohner
1. Esslingen am Neckar (Baden-Württemberg)
2. Ludwigsburg (Baden-Württemberg)
3. Gerdorfsee (Niederrhein)
Niederost (Schleswig-Holstein)

III. Teilnehmernklasse bis 20.000 Einwohner
1. Radebeul (Schleswig-Holstein)
2. Wittenberg (Thessen)
3. Pirmasens (Rheinland-Pfalz)

IV. Sonderpreis Green IT
Hannover (Niedersachsen): Modernisierung der Hardware an drei Hannoveraner Schulen
Leipzig (Sachsen): Neubau eines Rechenzentrums
Nordhausen (Thüringen): Modernisierung der Hardware und der Klimatisierung in der Stadthauptverwaltung

1.2 Der Sieger – Freiburg im Breisgau

Besondere Anerkennung am Freiburg Abzweigen ist vor allem die Tatsache, dass es der Stadt gelungen ist, sich in allen abgelaufenen Wettbewerbsphasen unter den ersten Sechs der Gesamtergebnisse zu platzieren – keine andere Kommune kann dies vor sich behaupten. Freiburg hat also in der Breite überzeugt. Die Energieempfehlung besitzt seit 1996 ein umfassendes Gesamtkonzept für alle Bereiche des kommunalen Klimaschutzes. Damit konnte Freiburg den hohen Ansprüchen des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ gerecht werden.

Im Jahr 2007 hat die Stadt ihre Klimaschutzstrategie grundlegend überarbeitet und in die aktuellen

Die Sieger des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Freiburg auch zum Energie-Contracting entschieden. Seit 2008 werden insgesamt acht städtischen Gebäuden Energieempfehlungen von einem externen Contracting-Unternehmen umgesetzt, wodurch jährlich rund 130.000 Kilowattstunden (kWh) Strom und 110.000 kWh Wärme eingespart werden. Mit diesem und weiteren Maßnahmen hat die städtische Gebäudemanagement die eigene Zielvorgabe, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken, bereits erreicht.

GREEN IT UND ENERGIEEFFIZIENTES BÜRO

Ein weiterer bedeutender Faktor auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz liegt heute im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Neben dem Austausch veralteter Geräte sind in Freiburg dabei vor allem die Qualifizierung und Aufklärung der jeweils mit der Thematik befassten Personengruppen gefordert. So werden beispielsweise für die mit der Beschaffung von Büroeinheiten betrauten Verwaltungsfachbeamteten und -mitarbeiter regelmäßig Weiterkurse angeboten. Im Jahr 2009 wurde zudem eine Studie in Auftrag gegeben, um das durch verhaltensoberlegte und geeignete Maßnahmen erzielbare Einsparpotenzial im Bereich der IT am Arbeitsplatz zu ermitteln. Um die möglichen 41 Prozent Energieersparnis pro Arbeitsplatz zu realisieren, werden die alljährlichen Maßnahmen per Dienstleistungs-Schulungen oder internen Infotexten immer wieder ins Bewusstsein der Verwaltungsmitarbeiter gerufen.

ENERGIEERZUGUNG

Die folgende Aufzählung der Freiburg Aktivitäten in Sachen Energieerzeugung deckt bereits das breite Spektrum und die beeindruckende Vielfalt der gesamten Klimaschutzaktivitäten an: In den Jahren 2005 bis 2010 wurde ein Programm zur energetischen Sanierung der Freiburger Schulgebäude umgesetzt und 30 städtische Gebäude mit insgesamt 375 Wohnungen energetisch saniert. Das operative Energiemanagement (Betrieb und Überwachung der Haustechnik) in den Gebäuden wird seit Jahren optimiert und Hausmeister als Energieberater geschult. Städtische Neubauten werden zudem seit 2008 nur noch nach dem Freiburger Effizienzstandard 40 (siehe unten) und seit 2010 grundsätzlich als Plus-Energie-Häuser errichtet. Parallel zu den genannten Maßnahmen hat sich die Stadt

30/2011 Klimaschutz 2009 Städte und Gemeinden gehen voran 7

Freiburger Rathaus mit PV-Anlage

Freiburg zeigt sich als Energie-Contracting

Freiburg auch zum Energie-Contracting entschieden. Seit 2008 werden insgesamt acht städtischen Gebäuden Energieempfehlungen von einem externen Contracting-Unternehmen umgesetzt, wodurch jährlich rund 130.000 Kilowattstunden (kWh) Strom und 110.000 kWh Wärme eingespart werden. Mit diesem und weiteren Maßnahmen hat die städtische Gebäudemanagement die eigene Zielvorgabe, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken, bereits erreicht.

GREEN IT UND ENERGIEEFFIZIENTES BÜRO

Ein weiterer bedeutender Faktor auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz liegt heute im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Neben dem Austausch veralteter Geräte sind in Freiburg dabei vor allem die Qualifizierung und Aufklärung der jeweils mit der Thematik befassten Personengruppen gefordert. So werden beispielsweise für die mit der Beschaffung von Büroeinheiten betrauten Verwaltungsfachbeamteten und -mitarbeiter regelmäßig Weiterkurse angeboten. Im Jahr 2009 wurde zudem eine Studie in Auftrag gegeben, um das durch verhaltensoberlegte und geeignete Maßnahmen erzielbare Einsparpotenzial im Bereich der IT am Arbeitsplatz zu ermitteln. Um die möglichen 41 Prozent Energieersparnis pro Arbeitsplatz zu realisieren, werden die alljährlichen Maßnahmen per Dienstleistungs-Schulungen oder internen Infotexten immer wieder ins Bewusstsein der Verwaltungsmitarbeiter gerufen.

ENERGIEERZUGUNG

Die folgende Aufzählung der Freiburg Aktivitäten in Sachen Energieerzeugung deckt bereits das breite Spektrum und die beeindruckende Vielfalt der gesamten Klimaschutzaktivitäten an: In den Jahren 2005 bis 2010 wurde ein Programm zur energetischen Sanierung der Freiburger Schulgebäude umgesetzt und 30 städtische Gebäude mit insgesamt 375 Wohnungen energetisch saniert. Das operative Energiemanagement (Betrieb und Überwachung der Haustechnik) in den Gebäuden wird seit Jahren optimiert und Hausmeister als Energieberater geschult. Städtische Neubauten werden zudem seit 2008 nur noch nach dem Freiburger Effizienzstandard 40 (siehe unten) und seit 2010 grundsätzlich als Plus-Energie-Häuser errichtet. Parallel zu den genannten Maßnahmen hat sich die Stadt

Freiburg auch zum Energie-Contracting entschieden. Seit 2008 werden insgesamt acht städtischen Gebäuden Energieempfehlungen von einem externen Contracting-Unternehmen umgesetzt, wodurch jährlich rund 130.000 Kilowattstunden (kWh) Strom und 110.000 kWh Wärme eingespart werden. Mit diesem und weiteren Maßnahmen hat die städtische Gebäudemanagement die eigene Zielvorgabe, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu senken, bereits erreicht.

GREEN IT UND ENERGIEEFFIZIENTES BÜRO

Ein weiterer bedeutender Faktor auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz liegt heute im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien. Neben dem Austausch veralteter Geräte sind in Freiburg dabei vor allem die Qualifizierung und Aufklärung der jeweils mit der Thematik befassten Personengruppen gefordert. So werden beispielsweise für die mit der Beschaffung von Büroeinheiten betrauten Verwaltungsfachbeamteten und -mitarbeiter regelmäßig Weiterkurse angeboten. Im Jahr 2009 wurde zudem eine Studie in Auftrag gegeben, um das durch verhaltensoberlegte und geeignete Maßnahmen erzielbare Einsparpotenzial im Bereich der IT am Arbeitsplatz zu ermitteln. Um die möglichen 41 Prozent Energieersparnis pro Arbeitsplatz zu realisieren, werden die alljährlichen Maßnahmen per Dienstleistungs-Schulungen oder internen Infotexten immer wieder ins Bewusstsein der Verwaltungsmitarbeiter gerufen.

ENERGIEERZUGUNG

Die folgende Aufzählung der Freiburg Aktivitäten in Sachen Energieerzeugung deckt bereits das breite Spektrum und die beeindruckende Vielfalt der gesamten Klimaschutzaktivitäten an: In den Jahren 2005 bis 2010 wurde ein Programm zur energetischen Sanierung der Freiburger Schulgebäude umgesetzt und 30 städtische Gebäude mit insgesamt 375 Wohnungen energetisch saniert. Das operative Energiemanagement (Betrieb und Überwachung der Haustechnik) in den Gebäuden wird seit Jahren optimiert und Hausmeister als Energieberater geschult. Städtische Neubauten werden zudem seit 2008 nur noch nach dem Freiburger Effizienzstandard 40 (siehe unten) und seit 2010 grundsätzlich als Plus-Energie-Häuser errichtet. Parallel zu den genannten Maßnahmen hat sich die Stadt

30/2011 Klimaschutz 2009 Städte und Gemeinden gehen voran 8

wo bereits 1992 ein eigener Niedrigenergiestandard für Wohngebäude auf dachlichen Grundstücken eingeführt wurde. Seit 2009 wird zudem ein Stufenplan verfolgt, der schrittweise zur flächendeckenden Anwendung des Freiburger Effizienzstandards 40 führen soll. Dieser orientiert sich am international bekannten Passivhausstandard und wird seit 2011 in Kaufverträgen für Wohnbaugrundstücke, die von der Stadt verkauft werden sowie in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben.

1.3 Der Preis – 30 kW-Photovoltaik-anlage von First Solar

Neben dem Titel „Bundeshaushalt 2010“ wurde im Klimaschutz 2009 durch die Stadt Freiburg auch über eine von der Firma First Solar GmbH gestiftete Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 30 Kilowatt Peak (kWp) in Freiburg berichtet. Die Anlage wurde im Rahmen des Förderprogramms „Energieeffizientes Bauen“ durch die Stadt Freiburg gefördert. Die Anlage wurde im Rahmen des Förderprogramms „Energieeffizientes Bauen“ durch die Stadt Freiburg gefördert.

OFFENTLICHKEITSARBEIT UND FINANZIERUNG

Uns Eigentümerinnen und Eigentümer beim Bau und der Sanierung von Gebäuden zu unterstützen, bietet die Stadt Freiburg ein umfangreiches Beratungsangebot an. Interessierte können sich entweder spontan über eine eigene dafür eingerichtete Hotline oder nach Vereinbarung bei einem Energieberater informieren. Sanierungsmaßnahmen werden zudem durch das Förderprogramm „Energieeffizientes Bauen“ unterstützt. Dieses stellt – mit Übertragungen und unterschiedlicher finanzieller Ausstattung – seit dem Jahr 2002 in dieser Zeit wurden von der Stadt Freiburg rund 2,1 Millionen Euro Zuschüsse an mehr als 1.500 Antragstellende bewilligt. Dadurch konnten circa 8000 Tonnen CO₂ vermieden werden.

Wer nicht bauen oder sanieren, aber dennoch Energie sparen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten will, wird auf den Seiten der Freiburger Klimaschutzkampagne CO₂LIBI fündig. Hier gibt es zahlreiche Tipps zum Thema energieeffiziente Mobilität sowie zum Thema Strom- und Wassereinsparung. Mit der Kampagne sollen auch die Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz gewonnen werden. Denn auch in Freiburg weiß man, dass große Ziele sich nur gemeinsam verwirklichen lassen.

Stadt Freiburg im Breisgau
Bundesrat, Baden-Württemberg
Einschreibe: 201115
Kontakt
Walter Aulrich, Tel.: 0761 2016143
E-Mail: walter.aulrich@stadt.freiburg.de

Kontakt
First Solar GmbH
Fabian Zuber
Tel.: 030 29779631
E-Mail: fabian.zuber@firstsolar.com

First Solar

1. Preisgeber (Bundeshauptstadt, Protokollgebäude) erhielt 40 Prozent des im Rahmen der Ausschreibung erzielten Höchstpreises von 100.000 Euro. Der Preis wurde im Rahmen der Ausschreibung um 10 Prozent reduziert und auf 90.000 Euro festgesetzt. Der Preis wurde im Rahmen der Ausschreibung um 10 Prozent reduziert und auf 90.000 Euro festgesetzt.

2. Vorbildliche Projekte und Maßnahmen

2.1 Energieeffizienz STRAßENBELEUCHTUNG

Ausgangspunkt für die konsequente Umstellung auf Energieeffizienz war eine umfassende Bestandsaufnahme. Zunächst wurde ein sogenanntes Straßenbeleuchtungskonzept erstellt. Dieses gibt Auskunft über jede einzelne Leuchte im Stadtgebiet der Gemeinde. Neben dem eingestrichelten Leuchtwert oder der installierten Vorschalttechnik wird auch die Leuchtstärke einer Leuchte sowie deren Alter erfasst. Auf Grundlage dieses Katalogs sowie unter Berücksichtigung externer Fachleute wurden unterschiedliche Modernisierungskonzepte erarbeitet. Städtebauliche Besonderheiten, zum Beispiel in Bezug auf stark befahrene Verkehrsachsen, wurden hierbei ebenfalls berücksichtigt wie die Effizienz des gesamten Beleuchtungssystems. Je nach Straßentyp und Anzahl zu erwartender Verkehrsteilnehmer wurden Energieparlampen zwischen 15 und 33 Watt installiert. Diese sind im Vergleich zu den bis dato verwendeten Leuchten bei gleicher Beleuchtungsleistung um 60 bis 70 Prozent effizienter und aufgrund der hohen Lebensdauer zudem weniger wartungsintensiv. 33.000 Euro hat sich die Gemeinde die Umstellung der Straßenbeleuchtung leisten lassen. Die jährliche Stromrechnung von 63.000 Euro konnte dadurch um die besagten 40.000 Euro gesenkt werden. Zwischen 2007 und 2010 konnte der jährliche Stromverbrauch um circa 240.000 Kilowattstunden (kWh) gesenkt werden – dies entspricht einer Einsparung von 145 Tonnen CO₂.

In Staubeberg konnten Energieparlampen mit maximal 12 Watt

Staufenberg – Leuchtendes Beispiel

Mitte der sechziger Jahre haben viele Kommunen damit begonnen, Leuchtstofflampen durch Quecksilberdampflampen zu ersetzen. Heute sind diese aufgrund ihrer schlechten Energieeffizienz und ihres merklichen Lichtschwund wieder überholt, aber immer noch das am meisten genutzte Leuchtstofflampe auf Deutschlands Straßen. Auch für die ebenfalls häufig eingesetzten Natriumdampf- oder Halogenmetallhalogenlampen gibt es mittlerweile effizientere Alternativen. Insgesamt ist mehr als ein Drittel der heutigen Straßenbeleuchtung älter als 20 Jahre und somit in technisch veraltetem Zustand. Dennoch werden jährlich nur drei Prozent der Straßenbeleuchtung erneuert. Auch in Staubeberg waren bis 2008 im Durchschnitt fast zwanzig Jahre alte Quecksilberdampflampen der Nahdruckstrahlart im Einsatz. Heute, rund 1.200 Energieparlampen später, kann man das allgemeine sowie das eigene Zögern bei der Umstellung nicht mehr nachvollziehen. Insofern hat nur eines Jahre haben sich die Kosten der Umstellung durch die aktuellen Energiepreise amortisiert. In Zukunft werden jedes Jahr rund 40.000 Euro an Stromkosten eingespart – Geld, das in zu vielen Kommunen noch „auf der Straße liegt“.

Gemeinde Staubeberg
Bundesrat, Niedersachsen
Einschreibe: 9119
Kontakt
Stefan Müller, Tel.: 05243 303988
E-Mail: mueller@staubeberg-wild.de

SANIERUNG KOMMUNALER GEBÄUDE

Wettenberg – Sanierung des Verwaltungsgeländes

Dieses vorläufige Verbot in Bezug auf den Energieverbrauch eines Gebäudes durch eine Komplettrenovierung, in kurzer Zeit und mit vergleichsweise geringem finanziellen Aufwand möglich sind, zeigt das Beispiel des Wettenger Verwaltungsgeländes. Neben der größten Schwachstelle des historischen Altbaukonzepts in Angriff genommen werden, konnte der Energiebedarf um 25 Prozent gesenkt werden.

Hierzu wurde im November 2007 zunächst eine umfassende Bestandsanalyse des Verwaltungsgeländes durchgeführt. Neben thermographischen Untersuchungen im Innen- und Außenbereich des Gebäudes wurde auch die Heiztechnik im Rahmen einer Gebäudediagnostik erfasst. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme wurde schließlich ein Sanierungskonzept erarbeitet, das durch gezielte Einzelmaßnahmen zu den genannten Energieeffizienzen führte. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass während der gesamten Sanierungsarbeiten der laufende Verwaltungsbetrieb kein einziges Mal unterbrochen werden musste.

Angefangen wurde im Dezember 2007 mit Dämmarbeiten im Dachgeschoss des Gebäudes. Maßnahme in der Speicherdeckschicht des Fachwerkbauwerks wurden mit Zuluftschalldämmung im Erdgeschoss verfüllt und eine zusätzliche Dämmschicht auf der Speicherdecke verlegt. Im darauffolgenden Sommer wurde eine neue Heizungsanlage installiert und gleichzeitig Maßnahmen zur Optimierung der Wärmeabfuhr und -abgabe umgesetzt. Vorrangig waren die hydraulische Abgleich aller Heizkörper sowie eine hochwertige Isolierung der Heizungsrohre tragen seitdem zu einem hohen Brennwertnutzen des neuen 100 Kilowatt (kW) Kesselwerks bei.

Aglican oder Heizkörper sowie eine hochwertige Isolierung der Heizungsrohre tragen seitdem zu einem hohen Brennwertnutzen des neuen 100 Kilowatt (kW) Kesselwerks bei.

Thermographische Aufnahme oberhalb der Wettenger-Gebäudeverwaltung

Anstelle des üblichen Kerntausches wurde also ein ganzes Maßnahmenpaket umgesetzt, wodurch eine um 25 Prozent höhere Energieeffizienz erreicht werden konnte. Der Heizenergieverbrauchsanteil des Gebäudes konnte dadurch deutlich unter den durchschnittlichen Vergleichswert für Altbauca 95 statt 130 kWh/m²/Jahr gesenkt werden. Die 2009 auf dem Dach des Verwaltungsgeländes installierte PV-Anlage erzeugt zudem jährlich rund 7.500 Kilowattstunden (kWh) Strom, was rund einen Viertel des gesamten Jahresenergiebedarfs entspricht.

Gemeinde Wettberg
Bundesrat, Hessen
Einschreibe: 12785
Kontakt
Michael Krick, Tel.: 0641 80454
E-Mail: umweltschuetz@wettberg.de

LEITLINIEN FÜR ENERGIEEFFIZIENTES BAUEN

Hannover – Passivhausstandard für kommunale Neubauten

Der Passivhausstandard setzt sich zunehmend auch in öffentlichen Bauten durch. Städte wie Frankfurt, Hannover, Leipzig oder Nürnberg haben sich für städtische Neubauten bereits verbindlich auf diesen Standard festgelegt. Innerhalb mehr Schulen, Verwaltungsgelände und Kindergärten werden somit als Passivhaus-Gebäude errichtet. Der Mehrwert von Passivhäusern besteht, sich Klimaschutz und Bezahlbarkeit zu verbinden. Aber auch aus ökonomischer Sicht rechnet sich der anspruchsvolle Standard. Zwar ist der Bau eines Passivhauses auch heute noch mit höheren Kosten verbunden, diesen stehen jedoch enorme Energieeinsparungen gegenüber. Zudem können Kommunen Fördergelder für den Bau von Passivhäusern in Anspruch nehmen. Die Kindergartenstraße Rickerling Straße in Hannover-Linden ist eines der vielen Beispiele für kommunale Neubauten im Passivhausstandard. Das Gebäude wurde ab Oktober 2008 unter Berücksichtigung des Aspektes der Speicherfähigkeit in passiver Bauweise mit einer hoch gedämmten und luftdichten Außenhülle errichtet. Die geschlossenen Fassadenflächen sind mit Fassadenplatten bedeckt. Die Fenster und verglasten Fassadenflächen sind mit Holz-Alu-Konstruktionen

Die 38 Seiten starke Dokumentation erschien im März 2011 und kann im Internet unter <http://www.duh.de/3077.html> heruntergeladen werden. Die beiden Wettbewerbsdokumentationen sind Bestandteil der Projektdokumentation zum Abschlussbericht.

5.4.2 Die regionalen Workshops – Beiträge zum kommunalen Erfahrungsaustausch

Neben den oben dargestellten Dokumentationen versuchte die DUH jeweils im Nachgang zu den Auszeichnungsfestern den interkommunalen Erfahrungsaustausch über regionale Workshops anzuregen. Zum einen sollten unabhängig von den Wettbewerbsdokumentationen gute Beispiele aus den beiden Wettbewerben weiter verbreitet werden. Zum anderen lassen sich spezifische Fragestellungen des kommunalen Klimaschutzes am direktesten in der Face-to-Face-Kommunikation organisiert im Rahmen eines Workshops - beantworteten und diskutieren. Folgende Workshops mit thematischer Schwerpunktsetzung wurden im Rahmen der beiden Wettbewerbe durchgeführt:

Klimaschutzkommune 2009

Die Workshopreihe „Kleine Kommunen – großer Klimaschutz“

- **Stadt Hemmingen am 15. Oktober 2009**
mit den Schwerpunktthemen
Kommunales Energiemanagement
Konkrete Möglichkeiten zur Energieeinsparung in Kommunen
- **Gemeinde Wettberg am 27. Oktober 2009**
mit den Schwerpunktthemen
Kommunale Siedlungsentwicklung als Beitrag zum Klimaschutz
Energieeffizienz durch Einsatz intelligenter IT

- **Gemeinde Pullach im Isartal am 23. November 2009**

mit den Schwerpunktthemen

Einsatz erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung

Klimaschutz geht jeden an – Bewusstsein schaffen durch Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit

Abschließend wurden in allen Workshops die Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes in kleinen Kommunen diskutiert. Hier konnten die besonderen Chancen aber auch die Risiken bei der Umsetzung eines Klimaschutzmanagements in kleinen Kommunalverwaltungen festgehalten werden.

Die einzelnen Vorträge aus den verschiedenen Workshops sowie die dokumentierten Ergebnisse der Abschlussdiskussion wurden für eine eigene Webseite unter <http://www.duh.de/2198.html> aufbereitet.

Ein Beispiel für die Aufbereitung der Abschlussdiskussion findet sich in der dem Abschlussbericht beiliegenden Projektdokumentation

Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

Die Workshopreihe „Fit für die Zukunft – Klimaschutz in Städten und Gemeinden“

- **Frankfurt am Main am 2. Februar 2011**

mit dem Schwerpunktthema

Finanzierungsmodelle für das kommunale Energiemanagement

- **Leipzig am 3. Februar 2011**

mit dem Schwerpunktthema

Green IT: Mehr Effizienz, weniger Kosten

- **Augsburg am 22. Februar 2011**

mit dem Schwerpunktthema

Die Stadtwerke als Partner im kommunalen Klimaschutz

Zum Abschluss wurden Detailfragen des jeweiligen Schwerpunktthemas diskutiert. Wie beim Vorgängerwettbewerb wurden die einzelnen Vorträge aus den verschiedenen Workshops sowie die dokumentierten Ergebnisse der Abschlussdiskussion für eine eigene Webseite unter <http://www.duh.de/2968.html> aufbereitet.

Ein Beispiel für die Aufbereitung der Abschlussdiskussion findet sich in der dem Abschlussbericht beiliegenden Projektdokumentation.

Hier finden sich auch die zu der jeweiligen Workshopreihe entwickelten

Moderationskonzepte.

Wir luden breit zu den jeweiligen Workshopreihen ein und nutzten dazu wiederum unseren kommunalen Adressverteiler. Ca. 5000 kommunale Adressen erhielten ein direktes Einladungsschreiben und das eigens für die Workshops entwickelte

Faltblatt als informative Beilage. Die Workshops wurden darüber hinaus speziell durch unsere Kooperationspartner und die Veranstalterkommunen beworben, so dass wir auf Teilnehmerzahlen zwischen 25 und 50 Personen je nach Workshop kamen.

Abb. 13 Flyer zur Workshopreihe „Kleine Kommunen – großer Klimaschutz“

Kommunaler Klimaschutz hat zentrale Bedeutung

Deutschland will eine Vorreitrolle im Klimaschutz einnehmen und die Bundesregierung hat sich vorgenommen, den CO₂-Ausstoß bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu senken. Dieses Ziel zu erreichen, kann jedoch nur gelingen, wenn die Kommunen aktiv daran mitarbeiten und die ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen nutzen. Während bisher der öffentliche Fokus meist auf die großen Städte und Ballungszentren gerichtet war, in denen sich ein hoher Energieverbrauch auf kleiner Fläche konzentriert, richtet langsam das Bewusstsein um die Bedeutung der kleineren und mittleren Kommunen, die eine zentrale Funktion für eine regionale Energiewende besitzen.

Gerade in diesen Kommunen gibt es noch viele ungenutzte Potenziale, denn für die Entwicklung langfristiger Klimaschutzkonzepte fehlt es oft an der personellen und finanziellen Ausstattung. Auf der anderen Seite haben gezielte Energie- und Klimaschutzmaßnahmen gerade in kleineren Kommunen deutlich sichtbare Auswirkungen und entlasten die öffentlichen Kassen in Zeiten hoher Energiepreise spürbar. Mit der Investition in regenerative Energien, dezentrale Energieversorgung und in effiziente Technologien schaffen sich die Kommunen wieder mehr Freiräume und rüsten sich auch für wirtschaftlich schwierige Zeiten.

Dass der Klimaschutz auch in kleinen Kommunen nicht nur eine schwierige Herausforderung, sondern zugleich auch Chance ist, will die Workshopreihe „Kleine Kommunen – großer Klimaschutz“ mit praktischen Beispielen zeigen.



Wir greifen zentrale Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes auf und präsentieren Projekte mit Vorbildcharakter aus den Bereichen Energieerzeugung, Energieeffizienz, Siedlungsentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung. Ergänzend wird die gerade für kleine und mittlere Kommunen zentrale Frage der Finanzierung beleuchtet. Zusammen mit kommunalen Vertretern wollen wir die Potenziale und Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes diskutieren.

Die Workshopreihe wird im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“ der Deutschen Umwelthilfe organisiert. Insgesamt 58 Kommunen haben sich deutschlandweit an dem Wettbewerb beteiligt und ihre Arbeit im Bereich Klimaschutz vorgestellt. Ende September 2009 entscheidet das Jurorik die „Kleine Kommunen groß im Klimaschutz“, die interessantesten und umeisigsten Projekte aus dem Wettbewerb präsentiert und vielfältige Anregung zur Nachahmung gibt. Die Broschüre wird vom Deutschen Städte- und Gemeindebund zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe herausgegeben und kann im Herbst über die Website www.klimaschutzkommune.de bestellt oder heruntergeladen werden.



Deutsche Umwelthilfe

KLEINE KOMMUNEN – GROSSER KLIMASCHUTZ!

WORKSHOPREIHE
Im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“



KOMMT DER KLIMASCHUTZ IN KLEINEN UND MITTLEREN KOMMUNEN VORAN?

Stadt Hemmingen am 15. Oktober 2009
Gemeinde Wetztenberg am 27. Oktober 2009
Gemeinde Pullach i. Isartal am 23. November 2009

www.klimaschutzkommune.de

Anspruchspartner

Deutsche Umwelthilfe
Daria Junggeburt
Hachacher Markt 4
10178 Berlin

Tel.: 030 2400867-33
Fax: 030 2400867-19
E-Mail: junggeburt@duh.de

Förderer und Unterstützer

Die Workshopreihe im Rahmen des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“ wird gefördert durch:



Wir bedanken uns sehr herzlich bei der Stadt Hemmingen, der Gemeinde Wetztenberg und der Gemeinde Pullach im Isartal für die freundliche Unterstützung!

<p>HEMMINGEN Donnerstag, 15. Oktober 2009 Pastorkauesen bei Carl-Friedrich-Gauß-Schule Höhe Batts 4, 30666 Hemmingen</p> <p>10:15 Uhr Begrüßung Claas-Dietrich Schacht-Gaida (Bürgermeister der Stadt Hemmingen) Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>10:25 Uhr Das Potential kleinerer und mittlerer Kommunen für den Klimaschutz – Ergebnisse des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“ und Ausblick Daria Junggeburt (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>Schwerpunkt: Kommunales Energiemanagement</p> <p>11:00 Uhr Energiemanagement als ein Baustein des kommunalen Klimaschutzes Bettina Straube (Stadt Hemmingen)</p> <p>11:20 Uhr Umsetzung kurzfristiger Effizienzmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden am Beispiel einer optimierten Gebäudetechnik Lutz Grilling (Gemeinde Sorsbeck)</p> <p>12:00 Uhr Diskussion</p> <p>12:15 Uhr Mittagspause</p> <p>Schwerpunkt: Konkrete Möglichkeiten zur Energieeinsparung in Kommunen</p> <p>13:15 Uhr Das Energieparprogramm der Gemeinde Kronshagen Nikolas Häckel (Gemeinde Kronshagen)</p> <p>13:45 Uhr Contracting als Weg zur Energieeinsparung Christian Tögel (Contracting-Beratung der EnergieAgentur.NRW)</p> <p>14:15 Uhr Diskussion</p> <p>14:30 Uhr Finanzierung in Zeiten knapper Kassen – welche Förderungen stehen den Kommunen zur Verfügung Tina Wostrowski (Klimaschutz-Agentur Region Hannover)</p> <p>15:00 Uhr Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes Offene Diskussionsrunde Moderation: Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>16:00 Uhr Kaffeepausen <i>Im Anschluss: Beibehaltung der Besprechungs- und der energetischen Sanierung (Carl-Friedrich-Gauß-Schule) (Raum ca. 2. Stock)</i></p>	<p>WETZENBERG Dienstag, 27. Oktober 2009 Netz + Technik Museum Wetztenberg 2n Schucht 6, 35435 Wetztenberg</p> <p>10:15 Uhr Begrüßung Gerhard Schmidt (Bürgermeister der Gemeinde Wetztenberg) Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>10:25 Uhr Das Potential kleinerer und mittlerer Kommunen für den Klimaschutz – Ergebnisse des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“ und Ausblick Daria Junggeburt (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>Schwerpunkt: Kommunale Siedlungsentwicklung als wichtiger Beitrag zum Klimaschutz</p> <p>11:00 Uhr Bonusprogramm zum klimaeffizienten Bauen im Neubaugebiet „Baustück“ Michael Krick (Gemeinde Wetztenberg) Thomas Rurheimer (Büro E-Haus, Wetztenberg)</p> <p>11:30 Uhr Klimaschutzendes Wohnen im Neubaugebiet „Heubreda“ Friedhelm Wilbrand (Gemeinde Wetztenberg) Amin Jung (Jung Stadtentwicklung, Köln)</p> <p>12:00 Uhr Diskussion</p> <p>12:15 Uhr Mittagspause</p> <p>Schwerpunkt: Energieeffizienz durch den Einsatz intelligenter IT</p> <p>13:15 Uhr Senkung des Stromverbrauchs und der CO₂-Emissionen im IT-Bereich am Beispiel der Stadt Bad Soden am Taunus Hermann Zangler (Stadt Bad Soden)</p> <p>13:45 Uhr Was bringen „intelligente Stromzähler“ (smart meter) als Teil eines modernen Lastmanagements – das Beispiel Wolfhagen Martin Rühl (Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfhagen GmbH)</p> <p>14:15 Uhr Diskussion</p> <p>14:30 Uhr Finanzierung in Zeiten knapper Kassen – welche Förderungen stehen den Kommunen zur Verfügung? Peter Pomper (Klimaschutz- und Energieagentur Mittelhessen e.V.) angefragt</p> <p>15:00 Uhr Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes Offene Diskussionsrunde Moderation: Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>16:00 Uhr Kaffeepausen <i>Im Anschluss: Beibehaltung der Besprechungs- und der energetischen Sanierung (Raum ca. 2. Stock)</i></p>	<p>PULLACH IM ISARTAL Montag, 23. November 2009 Bürgerhaus Pullach Helmenstraße 2, 83040 Pullach</p> <p>10:00 Uhr Begrüßung Jürgen Westenthaner (Bürgermeister der Gemeinde Pullach) Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>10:10 Uhr Das Potential kleinerer und mittlerer Kommunen für den Klimaschutz – Ergebnisse des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“ und Ausblick Daria Junggeburt (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>Schwerpunkt: Einsatz Erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung</p> <p>10:45 Uhr Nutzung der Tiefenenergie in Pullach i. Isartal – von der Idee zum Erfolgsprojekt (mit Filmbeitrag) Dr. Ralph Baasch (Gemeinde Pullach)</p> <p>11:30 Uhr Die Dorfheizung der Gemeinde Wildpoldsried Arno Jürgels (Erster Bürgermeister der Gemeinde Wildpoldsried)</p> <p>12:00 Uhr Diskussion</p> <p>12:15 Uhr Mittagspause</p> <p>Schwerpunkt: Klimaschutz geht jeden an – Bewusstsein schaffen durch Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>13:15 Uhr Der kommunale Arbeitskreis Energie der Gemeinde Wiesentheim Dr. Achim Stübbe (Leiter des kommunalen Arbeitskreises Energie Wiesentheim)</p> <p>13:45 Uhr Bausteine einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit Dr. Johannes Mordstein (Gemeinde Butteneben)</p> <p>14:15 Uhr Diskussion</p> <p>14:30 Uhr Finanzierung in Zeiten knapper Kassen – welche Förderungen stehen den Kommunen zur Verfügung? Dr. Hans-Jörg Barth (azal energie- & umweltschutz allgäu gmbh) angefragt</p> <p>15:00 Uhr Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes Offene Diskussionsrunde Moderation: Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe e.V.)</p> <p>16:00 Uhr Kaffeepausen <i>Im Anschluss: Beibehaltung der geothermischen Nutzung (Raum ca. 2. Stock)</i></p>	<p>Anmeldung</p> <p>Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos.</p> <p>Bitte melden Sie sich als zu entsprechend angegebenen Frist verbindlich an und senden oder faxen Sie uns für jede teilnehmende Person ein Anmeldeformular zu:</p> <p>per Fax an 030 2400867-19 per Post an unsere Adresse per E-Mail an junggeburt@duh.de</p> <p>Hiermit melde ich mich verbindlich für folgenden Workshop zu:</p> <p><input type="checkbox"/> Stadt Hemmingen am 15.10.2009 (Anmeldefrist bis: 5.10.2009) Ich nehme an der Beibehaltung der Besprechungs- und der energetischen Sanierung teil: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/> Gemeinde Wetztenberg am 27.10.2009 (Anmeldefrist bis: 15.10.2009) Ich nehme an der Beibehaltung des Bürgerhauses teil: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p> <p><input type="checkbox"/> Gemeinde Pullach i. Isartal am 23.11.2009 (Anmeldefrist bis: 12.11.2009) Ich nehme an der Beibehaltung der geothermischen Nutzung teil: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/></p> <p>Details zur Anreise erhalten Sie mit der Anmeldebestätigung.</p> <p>Stadt/ Gemeindef/ Institution _____</p> <p>Denkstufel/ Funktion _____</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 30%;">Titel</td> <td style="width: 30%;">Vorname</td> <td style="width: 40%;">Name</td> </tr> <tr> <td>_____</td> <td>_____</td> <td>_____</td> </tr> </table> <p>Straße/ Postfach _____</p> <p>PLZ _____ Ort _____</p> <p>Telefon _____ Fax _____</p> <p>E-Mail _____</p> <p>Ort, Datum _____ Unterschrift _____</p>	Titel	Vorname	Name	_____	_____	_____
Titel	Vorname	Name							
_____	_____	_____							

Abb. 14 Flyer zur Workshopreihe „Fit für die Zukunft – Klimaschutz in Städten und Gemeinden“





Fit für die Zukunft – Klimaschutz in Städten und Gemeinden

Viele Städte und Gemeinden sind finanziell angeschlagen. Sinkenden Steuereinnahmen stehen seit Jahren steigende Ausgaben gegenüber und schränken ihren Handlungsspielraum massiv ein. Städtungspräsidentin und Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt a. M., Dr. h.c. Petra Roth, sieht viele Städte bereits auf der Intensivstation und ohne die richtige Therapie sei die kommunale Selbstverwaltung akut bedroht. Angesichts einer solchen Diagnose wäre eine reflexartige Abkehr von anspruchsvollen Klimaschutzzielen keine Überraschung. Der Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ hat jedoch gezeigt, dass viele Kommunen auch weiterhin und auf vorbildliche Art und Weise aktiv Klimaschutz betreiben.

Was die Kommunen antreibt, ist nicht nur die Sorge um die Folgen des Klimawandels, sondern auch die Erkenntnis, dass der Klimaschutz zu einem bedeutenden Innovationsmotor für die kommunale Wertschöpfung und den lokalen Arbeitsmarkt geworden ist. Energie- und Klimaschutzmaßnahmen entlasten die öffentlichen Kassen und mit der Investition in regenerative Energien, dezentrale Energieerzeugung und effiziente Technologien verschaffen sich Kommunen wieder mehr Handlungsspielraum. In der Krise scheint der Klimaschutz also genau die richtige Medizin für angeschlagene Städte und Gemeinden.

Dennoch bleiben die Herausforderungen groß. Die Prognosen der Klimaforscher erhöhen den Handlungsdruck, aber fehlende Mittel verhindern oftmals eine angemessene Reaktion. Wie Kommunen durch kluge Investitionen fit in die Zukunft gehen und auch mit wenig Geld große Einsparpotentiale erzielen können, will die Workshopreihe anhand praktischer Beispiele verdeutlichen. Neben alternativen Finanzierungsmodellen im Bereich des Energiemanagements sowie Klimaschutzmaßnahmen der Stadtwerke liegt der Fokus auf Projekten im Bereich Green IT. Der Wettbewerb hat gezeigt, dass besonders in diesem Handlungsfeld ungenutzte Energiepotentiale existieren. Gemeinsam mit kommunalen Vertretern und lokalen Akteuren wollen wir die Potentiale und Möglichkeiten des Klimaschutzes in Zeiten finanzieller Engpässe diskutieren.

Die Workshopreihe wird im Rahmen des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ der Deutschen Umwelthilfe angeboten. Insgesamt 73 Kommunen haben sich bundesweit am Wettbewerb beteiligt und ihre Arbeit im Bereich Klimaschutz

vorgestellt. Voraussichtlich Anfang März 2011 wird eine entsprechende Broschüre erscheinen, welche besonders innovative und vorbildhafte Projekte aus dem Wettbewerb präsentiert und zur Nachahmung anregen soll. Die Broschüre wird vom Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Städtetag zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe herausgegeben und kann ab März 2011 über die Website www.klimaschutzkommune.de bestellt oder heruntergeladen werden.



Foto: Titelbild oben: G. Schwanenherz/Photo.de; Rückseite: Nöhren, C. Heuckerrn, S. Kainrath; alle Photos: First Solar; unten: R. Sturm; U. Gschuster; beide Photos: R. Kirschner; Gemeinde Weidenburg

ANSPRECHPARTNER
Deutsche Umwelthilfe
 Tobias Herbst
 Fritz-Berche-Ring 4
 78315 Badolzburg
 Tel.: 077329965-55
 Fax: 077329965-77
 E-Mail: herbst@guh.de

Förderer und Unterstützer
 Die Workshopreihe im Rahmen des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ wird gefördert durch:



Wir bedanken uns sehr herzlich bei der Stadt Frankfurt am Main, der LECCO GmbH, der Stadt Leipzig, der Stadtwerke Augsburg sowie der Stadt Augsburg für die freundliche Unterstützung!

WORKSHOPREIHE
 im Rahmen des Wettbewerbs

BUNDESHAUPTSTADT
im KLIMASCHUTZ
2010

FIT FÜR DIE ZUKUNFT –
KLIMASCHUTZ IN STÄDTEN
UND GEMEINDEN

Frankfurt am Main am 02. Februar 2011
 Leipzig am 03. Februar 2011
 Augsburg am 22. Februar 2011

www.klimaschutzkommune.de



Anmeldung

Die Teilnahme an den Workshops ist kostenlos. Da die mögliche Teilnehmerzahl begrenzt ist, sollten Sie sich möglichst frühzeitig, jedoch bis spätestens zum 28. Januar 2011 verbindlich anmelden. Senden oder faxen Sie uns bitte für jede teilnehmende Person ein Anmeldeformular zu:

Per Fax an 07732 9965-77
 Per Post an unselbige Adresse
 Per E-Mail an herbst@guh.de

Hiermit melde ich mich verbindlich für folgenden Workshop an:

Frankfurt am Main am 02.02.2011
 Leipzig am 03.02.2011
 Augsburg am 22.02.2011

Details zur Anreise erhalten Sie mit der Anmeldebestätigung.

Stadt / Gemeinde / Institution _____
 Dienststelle / Funktion _____
 Titel _____
 Vorname _____ Name _____
 Straße / Postfach _____
 PLZ _____ Ort _____
 Telefon _____
 Fax _____
 E-Mail _____
 Ort, Datum _____
 Unterschrift _____

FRANKFURT Mittwoch, 02. Februar 2011

Ko Ems, Obelhaus Frankfurt
 Kasauer Straße 1a, 60486 Frankfurt am Main

FINANZIERUNGSMODELLE FÜR DAS KOMMUNALE ENERGIEMANAGEMENT

10:00 **Begrüßung**
 Dr. Werner Neumann (Stadt Frankfurt),
 Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe)

10:15 **Ergebnisse des Wettbewerbs mit Schwerpunkt Energiemanagement**
 Daria Junggeburch (Deutsche Umwelthilfe)

11:00 **Finanzierungsmodelle für das kommunale Energiemanagement, Impulsreferat**
 Dieter Seifried (Biro 0-quadrat)

11:45 **Klimaschutz durch Bürgercontracting: Wie Eltern sich für mehr Energieeffizienz in Schulen engagieren**
 Dieter Seifried (Biro 0-quadrat)

12:30 **Mittagspause**

13:30 **Klare Linie: Die Modernisierung der Raumluft- und Gebäudetechnik im Museum für angewandte Kunst in Frankfurt (Intracting)**
 Mathias Linder (Stadt Frankfurt)

14:15 **Mehr als heiße Luft: Die Heizungs- und Lüftungserneuerung im Hallenbad Dahnbrunn (Contracting)**
 Katrin Baldasson-Schütz (Stadt Hilschenbach),
 Bernhard Böger (G-TEC GmbH)

15:00 **Leuchtendes Beispiel: Die Sanierung der Staufenberg Straßenbeleuchtung (gering investive Maßnahme)**
 Stefan Müller (Gemeinde Staufenberg)

15:45 **Abschlussdiskussion**
 Moderation:
 Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe)

LEIPZIG Donnerstag, 03. Februar 2011

Konferenzraum der Lecco GmbH
 Prager Straße 8, 04103 Leipzig

GREEN IT: MEHR EFFIZIENZ, WENIGER KOSTEN

10:00 **Begrüßung**
 Peter Kühne (Lecco GmbH),
 Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe)

10:15 **Ergebnisse des Wettbewerbs mit Schwerpunkt Green IT**
 Daria Junggeburch (Deutsche Umwelthilfe)

11:00 **Kosten- und Energiepotentiale im Bereich Green IT**
 Steffen Holzmann (Deutsche Umwelthilfe)

11:45 **Lehrstück: Green IT an Hannoverscher Schulen**
 Wolfgang Christmann
 (Christmann Informationstechnik & Medien)

12:30 **Mittagspause**

13:30 **Planung & Durchführung von kommunalen Projekten im Bereich Green IT**
 Roy Barthel (Lecco GmbH)

14:15 **Innovativ, Effizient, Grün: Das neue Rechenzentrum der Stadt Leipzig**
 Roy Barthel (Lecco GmbH)

15:00 **Schritt für Schritt zum Klimaschutz: Die Modernisierung der IT in der Stadtverwaltung Nordhausen**
 Vertreter der Stadt Nordhausen

15:45 **Abschlussdiskussion**
 Moderation:
 Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe)

AUGSBURG Dienstag, 22. Februar 2011

Vortragsaal der Stadtwerke Augsburg
 Hoher Weg 1, 86152 Augsburg

DIE STADTWERKE ALS PARTNER IM KOMMUNALEN KLIMASCHUTZ

10:00 **Begrüßung**
 Vertreter der Stadtwerke Augsburg,
 Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe)

10:15 **Ergebnisse des Wettbewerbs mit Schwerpunkt Engagement der Stadtwerke im kommunalen Klimaschutz**
 Tobias Herbst (Deutsche Umwelthilfe)

11:00 **Die Stadtwerke als Partner im kommunalen Klimaschutz**
 Günnar Braun (VKU Landesgruppe Bayern)

11:45 **Energieerzeugung der Zukunft: Das Biomasseheizkraftwerk der Stadtwerke Augsburg**
 Dr. Markus Pöhl (Stadtwerke Augsburg)

12:30 **Mittagspause**

13:30 **Grüne Welle: Die Stadtwerke Bamberg als Motor für die Modernisierung des ÖPNV**
 Peter Scheuenschuhl (Stadtwerke Bamberg)

14:15 **Wie Stadtwerke die Bürger zum Klimaschutz motivieren: Das CO₂-Minderungsprogramm der N-ERGIE AG**
 Nina Betsner (N-ERGIE AG)

15:00 **Einfach Clever: Intelligente Stromzähler für Haßfurt**
 Norbert Zösch (Stadtwerke Haßfurt)

15:45 **Abschlussdiskussion**
 Moderation:
 Oliver Finus (Deutsche Umwelthilfe)

Eine Vielzahl der Rückmeldungen zu den durchgeführten Workshops verdeutlicht die Wichtigkeit des interkommunalen Erfahrungsaustausches. Die unmittelbare Austauschmöglichkeit zu spezifischen rechtlichen, finanziellen, technischen und organisatorischen Fragestellungen des kommunalen Klimaschutzmanagements ermöglicht es in der Regel, die klarsten Lösungsmöglichkeiten für Problemstellungen in den Kommunen zu formulieren. In den Workshops können auch die Vor- und Nachteile von Lösungen am deutlichsten vermittelt werden, so dass die Vertreter der Kommunen, Stadtwerke und Unternehmen konkretes Handlungswissen erhalten. Dies kann so beispielsweise über eine Internetplattform nicht vermittelt werden.

6. Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Pressearbeit

Jeweils zu Beginn der Ausschreibungsphase der Wettbewerbe wurde eine umfassende Pressemitteilung veröffentlicht. Außerdem versandten wir die Pressemitteilung an unsere Kooperationspartner, an die kommunalen Fachzeitschriften sowie an Umweltverbände. Zu den beiden oben dargestellten Auszeichnungsfeiern wurden ebenfalls Pressemitteilungen mit Darstellung der Wettbewerbsergebnisse veröffentlicht. Die Pressemitteilungen liegen der Projektdokumentation bei. Die Projektdokumentation enthält darüber hinaus einen Auszug der Presseresonanz zu den beiden Wettbewerben „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“. Für die komplette Dokumentation der Presseberichte zu den beiden Wettbewerben verweisen wir auf die fünf Zwischenberichte.

Mehrere Tage vor den Auszeichnungsfeiern verschickten wir gezielt Presseeinladungen zu den Veranstaltungen.

Die Pressearbeit beinhaltete darüber hinaus die Beantwortung zahlreicher journalistischer Nachfragen zu den Wettbewerbsmodalitäten und den Siegerkommunen sowie inhaltliche Fragen z.B. bezüglich der Kohlekraftwerksbeteiligungen von Stadt- und Gemeindewerken.

Außerdem stand das DUH-Team für Interviews von Radiosendern zur Verfügung. Im Vorfeld der Auszeichnungsfeier zur „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ erhielten wir aufgrund unserer Presseeinladungen mehrere Anfragen von Fernsehsendern und vermittelten Ansprechpersonen in Kommunen, die von uns ausgezeichnet wurden.

Die Beiträge des SWR-Fernsehens am Tag der Auszeichnungsfeier, dem 25. Oktober 2010, liegen der Projektdokumentation bei.

6.2 Internetauftritt

Sowohl für den Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ als auch für die „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ wurden eigene Internetseiten erstellt, die alle Informationen rund um die Wettbewerbe bündeln und übersichtlich für den Zugriff von kommunaler Seite und für alle sonstigen interessierten Personen aufbereiten. Die Seiten sind unter <http://www.duh.de/2353.html> („Klimaschutzkommune 2009“ und <http://www.duh.de/klimakommune.html> („Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“) abrufbar.

Je nach Fortschritt der Wettbewerbsphasen wurde der Internetauftritt kontinuierlich angepasst.

Screenshots der jeweiligen Internetseiten liegen der Projektdokumentation bei.

Abb. 15 Exemplarische Internetseiten zum Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“

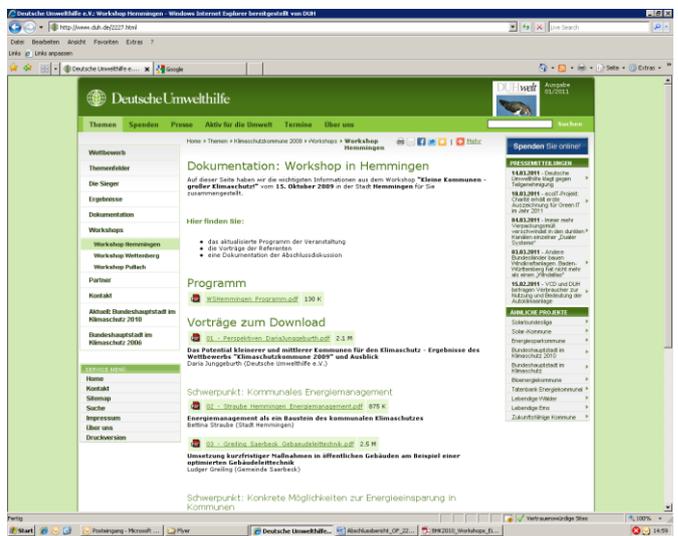
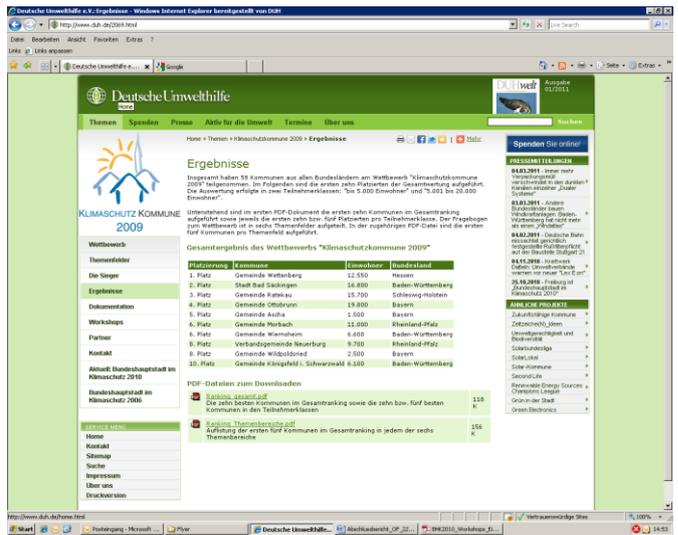
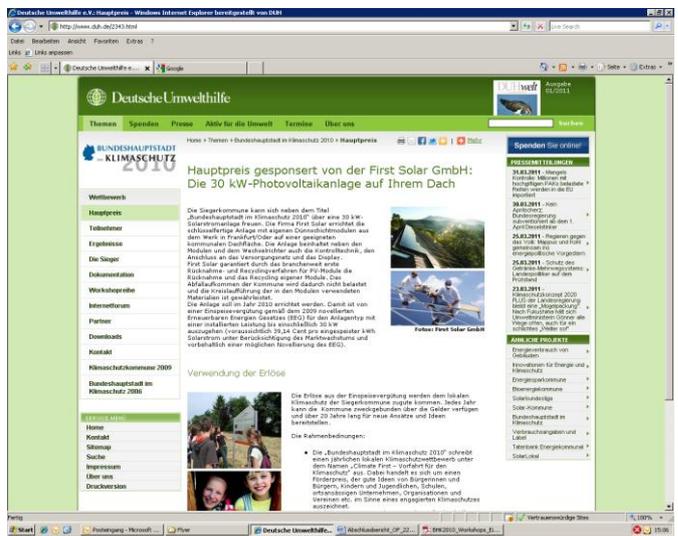


Abb. 16 Exemplarische Internetseiten zum Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

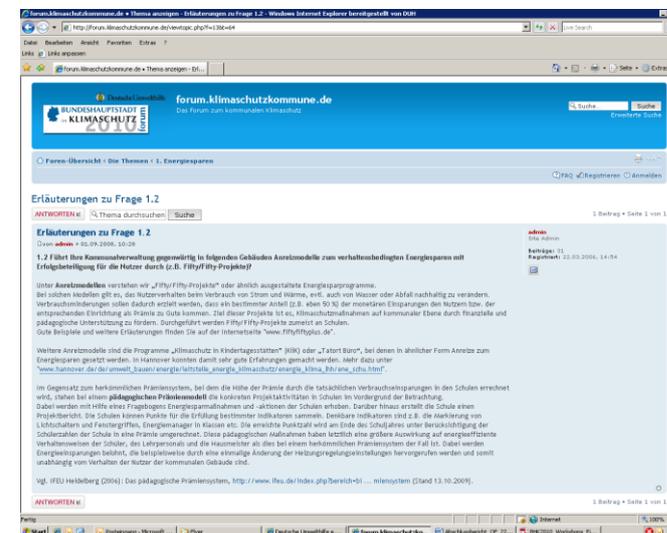
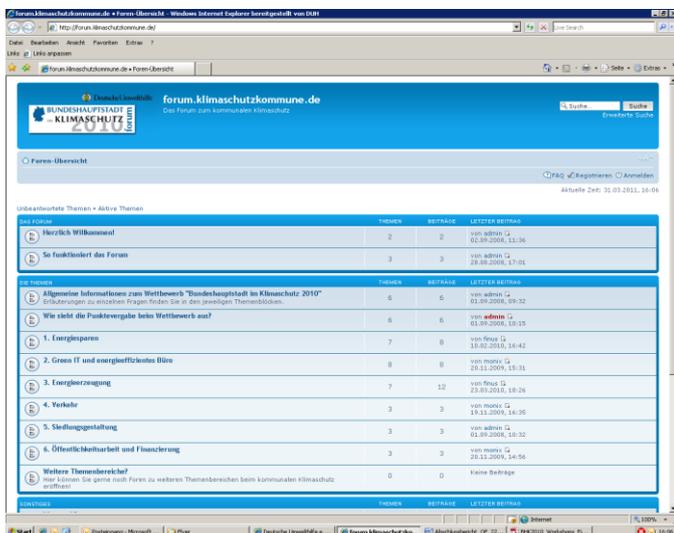




6.3 Internetforum

Neben den Internetseiten wurde ein spezielles Internetforum eingerichtet. Hier fanden und finden sich zum einen wichtige Hintergrundläuterungen und detaillierte Informationen zu den Fragestellungen in der jeweiligen Wettbewerbsfragebogen. Zum anderen diente das Internetforum in erster Linie dem interkommunalen Austausch zu Fragen des Wettbewerbs, aber gerade auch zu grundsätzlichen Fragen des kommunalen Klimaschutzes als solchem. Beispielsweise wurde die Frage diskutiert, wie ein Effizienzindikator für die Straßenbeleuchtung aussehen kann und an welche Normierung in DIN-Vorschriften man sich bei der Sanierung der Straßenbeleuchtung halten muss, die wiederum eine Einflussgröße auf die Effizienz darstellt. Andere Themen des kommunalen Klimaschutzes wurden in ähnlicher Weise diskutiert und bieten somit direkte Anregungen für kommunale Akteure an, die zukünftig Niederschlag in der kommunalen Praxis finden.

Abb. 17 Exemplarische Seiten aus dem Internetforum zum Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“



Entsprechende Screenshots finden sich auch hier in der Projektdokumentation.

6.4 Wettbewerbsflyer

Funktion und Einsatz der Wettbewerbsflyer sind bereits ausführlich unter dem Kapitel 5.2 abgehandelt worden. Hierauf verweisen wir an dieser Stelle.



6.5 Verbandszeitschrift DUHWelt

In der DUH-Verbandszeitschrift *DUHWelt* mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren und einem vierteljährlichen Erscheinungsturnus publizierten wir regelmäßig Artikel zu den Wettbewerben „Klimaschutzkommune 2009“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“. Da der Leserkreis nicht allein auf Förderer der DUH beschränkt ist, sondern beispielsweise auch kommunale Adressen enthält, wurden auch auf diesem Weg interessierte Kommunen auf den Wettbewerb aufmerksam gemacht.

Abb. 18 Exemplarische Artikel aus der *DUHWelt* zu den Wettbewerben „Klimaschutzkommune 2009 und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

Klimaschutzkommune 2009



Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010

KOMMUNAL



Gesucht wird die Bundeshauptstadt im Klimaschutz

Die DUH ruft Städte und Gemeinden auf, sich für den neuen Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ anzumelden. Hauptpreis ist eine 30 Kilowatt-Solarstromanlage von First Solar!

■ Der Fragebogen des Wettbewerbs umfasst ein breites Spektrum an kommunalen Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, „Green IT“ und erneuerbare Energien, Energieerzeugung, Verkehr, Sanierung bestehender sowie Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung können die Kommunen für die Bewertung in dem Bereich „Green IT“ erbringen.

Ein doppelter Sieg für die Kommune und den Klimaschutz!
Der First Solar G2000 gewinnt eine 30 Kilowatt Solarstromanlage. Der Hauptpreis umfasst die Installation der Solarstromanlage inklusive Module, Wechselrichter, Kontrollschrank, Anschluss an das Versorgungsnetz und Display. Darüber hinaus garantiert das Unternehmen die Rücknahme und das Recycling eigener Module. Das mit der Anlage erstellten Stromerlöse werden ausschließlich Klimaschutzprojekten zugunsten kommen.

Der Siegerkommune winkt ein Sachpreis
Der Besuch Green IT ist ab dem Jahr einen neuen und aktuellen Schwerpunkt für die Handlungsfelder der Informations- und Kommunikationstechnologie bringt erhebliche Einsparpotenziale in der Anschaffung energieeffizienter Geräte und ihrer Nutzung. Der Betrieb und die Klimatisierung können einen erheblichen Anteil am gesamten Stromverbrauch einer Kommune ausmachen. Darum präsentierte die DUH drei impulsgebende und innovative Projekte aus diesem Bereich. Im September 2010 werden die Sieger bei einer Auszeichnungsfeier in Berlin geehrt.

In Zusammenarbeit mit der First Solar GmbH vergibt die DUH erstmalig einen Sachpreis. Das Unternehmen spendet eine 30 Kilowatt Solarstromanlage. Die Anmeldung läuft in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 2010. www.klimaschutzkommune.de

Internet und Kontakt
Wertverscheinungen und weitere Infos:
www.klimaschutzkommune.de

Partner
DUH
DUH
DUH

Neue Broschüre: Kleine Kommunen groß im Klimaschutz

■ Mit dem deutschsprachigen Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“ richtete sich die DUH gezielt an kleine Städte und Gemeinden mit bis zu 20.000 Einwohnern. Die neue Broschüre dokumentiert das Engagement kleinerer Kommunen im Klimaschutz und zeigt mehr als 40 Beispiele für innovative Klimaschutzmaßnahmen. Die Dokumentation wurde von der DUH herausgegeben.

Broschüre kostenlos bestellen
Anfordern Sie die Broschüre der Dokumentation unter info@duh.de oder unter www.klimaschutzkommune.de

system

DUH 2010 #2009 43

ENERGIE UND KLIMA

Green IT in Kommunen – wie geht das?

Laut einer Studie des Fraunhofer Instituts ist Informations- und Kommunikationstechnologie für mehr als zehn Prozent des Stromverbrauchs in Deutschland verantwortlich. Daher ist die energieeffiziente Green IT-Technik als neuer Schwerpunkt im Kommunalwettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ hinzugekommen.

■ Moderne Kommunikationstechnologie wie PC und Internet ist an Deutschlands Kommunalverwaltungen nicht mehr wegzudenken. Immer mehr Geräte und Fachleistung verbrauchen immer mehr Energie. Stromerzeugung der Kommunen, die beispielsweise durch Biomasseanlagen erzeugt werden, werden dann teilweise wieder zunichte gemacht.

Das Beispiel Bad Soden
Die Stadt Bad Soden im Rahmen der stromsparende (EPC) wurde vollständig ein. Sie spart jährlich ca. 16 Tonnen CO₂ und im Zeitraum von drei Jahren rund 11.000 Euro Energiekosten. Im Mai 2009 zeichnete die DUH die Kommune ebenfalls als „Green IT-Projekt des Monats“ aus.

In Bad Soden wurden die alten Arbeitsplatzrechner aus dem Büro der Verwaltung entfernt und durch Ultra Thin Client (UTC) ersetzt. Die gesamte Rechenleistung stellen zwei zentralen Server nun viel effizienter bereit. Sämtliche Speichergeräte sind die Kommunen an die neue Technik angepasst.

Im Zuge der Umstellung wurden die 14 alten Server der Stadtverwaltung, die an verschiedenen Standorten verteilt waren, auf zwei Maschinen konzentriert. Dank moderner Virtualisierungstechniken vertragen sich beide Server auf einer einzigen Server-Plattform. Die beiden verbleibenden Server greifen über ein einheitliches Netzwerk auf die Maschinen der beiden entfernter Standorte zu.

Weitere Möglichkeiten, um an Einzelanfertigungen Energie einzusparen, bietet neben der Thin Client-Übergang Laptop, Notebook oder gar gesamte Mini-Computer die mit stromsparenden Mobiltechnologie ausgestattet sind.

Green IT – „grüne“ Informationstechnologie

Virtualisierung:
Durch Virtualisierung werden Anwendungen (zum Beispiel Druck, E-Mail, Internet), die üblicherweise auf getrennten Servern laufen, als virtuelle Maschinen auf einem Rechner gebündelt. So wird die Auslastung der Server, welche in der Regel nur bei 15 Prozent liegt, erheblich verbessert.

Thin Client:
Der Thin Client, ein Gerät in Taschenformat, greift auf einen Server zu, welcher alle Programme und Daten für die Benutzung des Endgeräts speichert. Laptop, Notebook oder gar gesamte Mini-Computer die mit stromsparenden Mobiltechnologie ausgestattet sind.

Partner
DUH
DUH
DUH

DUH 2010 #2009 34

ENERGIE UND KLIMA



Freiburg liegt im Klimaschutz vorne

Freiburg präsentiert als „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ vorbildliche Projekte. Frankfurt am Main und Heidelberg folgen auf den Plätzen zwei und drei. Bei den mittleren und kleinen Kommunen setzen sich Esslingen und Radekau an die Spitze ihrer Teilnehmerklassen. Leipzig, Hannover und Nordhausen gewinnen Sonderpreise für die Modernisierung ihrer Hardware und den Neubau eines Rechenzentrums.

■ Der Weg zum Klimaschutz ist ein langer und beschwerlicher. In kleinen Städten, beschränkt an manchen Mitarbeiter aus deutschen Städten und Gemeinden. Als eine „Heidelberger“ bezeichnet die Freiburger Umweltbeauftragten Gerd Stöckli auch die Formeln zur Bewertung um den Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“. Jeder hat seinen eigenen Klimaschutzplan. Die Deutschen Umweltstädte (DUH) reichte einen über vierzig Seiten umfassenden Fragebogen entgegen und mit entsprechenden Belegen beantwortet. Von Energieerzeugung bis hin zur Stadterneuerung, dem Verkehrsbereich und der Öffentlichkeitsarbeit legte die DUH alle relevanten Bereiche des kommunalen Klimaschutzes ab.

DUH-Klimaschutz-Wettbewerb findet breite Anerkennung
In deutschen Städten und Gemeinden haben die kommunalen Wettbewerbe der DUH einen guten Ruf, denn die um-

schon Gebäude oder nach belagerten Vorgaben in der Baubehörde machen Klimaflexibel transparent. Die Auswertung liegt sich in drei Ebenen: Kommunen und in dabei für die Kommunen und ihre Bürger nachvollziehbar. Insgesamt 71 Städte und Gemeinden nahmen die „Heidelberger“ zum Aufbruch und Bilanzieren anhand des DUH-Fragebogens ihre Beiträge zum Klimaschutz.

Das Freiburger Rathaus soll, was es vorzüglich Klimaschutz findet nicht nur auf dem Dach sein.

Kommunen sparen Energie bei Computer und CO₂
Ermals alltag und mit einem Sonderpreis bedacht wurden auch Maßnahmen und Projekte aus dem Bereich Green IT, der Energieeffizienz im IT-Bereich.

Eines der größten Einsparpotenziale beim Neubau bzw. bei der Sanierung von Rechenzentren liegt im Bereich der Kühlung und Klimatisierung. Leipzig minimiert dies durch die Nutzung der wärmeintensiven Infrastruktur in Keller-

räume verlegt. Zusätzlich verhindert eine so genannte Kältegenussung der Serverräume die Zirkulation von Wärme in gekühlte Bereiche. Serverräume schließt, die weiteren Energieeffizienzen bei Serveranwendungen, Hardware und Stromerzeugung an. So erzielt die Stadt eine CO₂-Einsparung von 270 Tonnen pro Jahr.

Zur Nachachtung empfohlen
Abschalten und Hibernieren des Wettbewerbs war ein wichtiges Auswahlkriterium am 25. Oktober 2010. In der Stadt sind die Landverteilung in Berlin wurden alle Serverkammern geortet und die Serverketten getrennt mit Daten aus weiteren Kommunen von Privatpersonen und Umweltoberflächen.

Der Freiburger Umweltbeauftragter Dr. Dieter Salomon fühlte sich gar an die Öko-Verfahren erinnert und freute sich über den Lohn für die Freimarke: „Es ist wichtig zu sehen, dass unsere Bemühungen so gewürdigt werden. Der Wettbewerb ist ein Anreiz, noch besser zu werden, da wir bereits den Jochen Alpert der Konkurrenz im Nacken spüren.“ Salomon meinte jedoch auch deutlich, dass man es mit der Konkurrenz nicht überbieten dürfe und bringt damit die Intention des Wettbewerbs auf den Punkt: Es kommt darauf an, dass sich die Kommunen an den Erfolgen anderer Städte messen und Lernimpulse voneinander ableiten. www.klimaschutzkommune.de

Die Sieger des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“

■ Teilnehmerklasse über 100.000 Einwohner
1. Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) – Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010
2. Frankfurt am Main (Hessen)
3. Heidelberg (Baden-Württemberg)

■ Teilnehmerklasse 20.000 bis 100.000 Einwohner
1. Esslingen am Neckar (Baden-Württemberg)
2. Ludwigsburg (Baden-Württemberg)
3. Gerdau (Niedersachsen)

■ Teilnehmerklasse bis 20.000 Einwohner
1. Radekau (Schleswig-Holstein)
2. Wittenberg (Sachsen)
3. Prenzlau (Brandenburg)

■ Sonderpreis Green IT
Hannover (Niedersachsen) Modernisierung der Hardware an der Hannoveraner Schulen
Leipzig (Sachsen) Neubau eines Rechenzentrums
Nordhausen (Thüringen) Modernisierung der Hardware und der Serverkühlung in der Stadtverwaltung

Partner
DUH
DUH
DUH

Internet:
Weitere Informationen mit Porträts der Siegerkommunen unter www.klimaschutzkommune.de

DUH 2010 #2009 35

6.6 Auftaktveranstaltungen zu Wettbewerbsbeginn

Zu Beginn der jeweiligen Ausschreibungsphasen führten wir Informationsveranstaltungen zu den Wettbewerben durch. Dabei wählten wir bewusst Kommunen in den „neuen“ Bundesländern aus, da die Erfahrungen aus den zurückliegenden Wettbewerben gezeigt haben, dass die Teilnahmereitschaft ostdeutscher Kommunen an den kommunalen Klimaschutzwettbewerben der DUH noch ausbaufähig ist. Am 30. September 2008 veranstalteten wir gemeinsam mit der sächsischen Stadt Oederan und in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Sächsischen Städte- und Gemeindegang einen Informationstag zum Wettbewerb „Klimaschutzkommune 2009“. Die DUH stellte die Modalitäten des Wettbewerbs vor.

Die Stadt Oederan und die Gemeinde Herrnhut präsentierten anschließend ihre spezifischen Maßnahmen im kommunalen Klimaschutz.

Am 15. Februar 2010 führten wir in Zusammenarbeit mit der Stadt Leipzig eine Informationsveranstaltung zum Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ im Neuen Rathaus der Stadt Leipzig durch.

Neben der Präsentation des Wettbewerbs durch die DUH stellten die Stadt Leipzig und die kleine sächsische Kommune Zschadras ihre Aktivitäten im Klimaschutz vor. Etwa 40 Teilnehmende diskutierten im Anschluss an die Präsentationen zum einem die Modalitäten des Wettbewerbs zum anderen aber auch spezifische Möglichkeiten von Kommunen, wirksamen Klimaschutz z.B. in der Bauleitplanung über das Instrument des „Städtebaulichen Vertrages“ nach BauGB vor Ort zu praktizieren. Vor allem die Veranstaltung in Leipzig war insofern erfolgreich, dass eine hohe Anzahl der anwesenden interessierten Kommunen im Laufe der Ausschreibungsphase Wettbewerbsunterlagen bei der DUH einreichte. Die Veranstaltungsprogramme und Einführungsvorträge der DUH finden Sie in der Projektdokumentation.

Abb. 19 Eindrücke von den Informationsveranstaltungen zum Auftakt der Wettbewerbe in Oederan (2008) und Leipzig (2010)

Oederan – 30. September 2008



Steffen Schneider, Bürgermeister der Stadt Oederan, begrüßt die Teilnehmer (Foto: DUH/Junggeburth)



Robert Spreter, Leiter Kommunaler Umweltschutz der DUH, erläutert die Ziele und den Ablauf des Wettbewerbes (Foto: DUH/Junggeburth)

Leipzig – 15. Februar 2010



Vortrag von Herrn Heiko Rosenthal, Umweldezernent der Stadt Leipzig; (Fotos: DUH/Monix)



7. Gesamtfazit

Das über drei Jahre laufende, von der DBU geförderte Hauptprojekt „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ wurde am 31. März 2011 abgeschlossen. Angesichts der unter Abschnitt 4 dargestellten Rahmenbedingungen kann der Verlauf der beiden im Rahmen des Projekts durchgeführten Wettbewerbe als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Sehr erfreulich war insbesondere die hohe Beteiligung kleinerer Kommunen unter 20.000 Einwohner. Im Vorprojekt und damit im Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2006“ war diese Teilnehmerklasse nur in sehr geringem Umfang vertreten (16 Kommunen). Durch die Initiierung des Wettbewerbs „Klimaschutzkommune 2009“, der besonders die Möglichkeiten und Handlungsspielräume der kleineren Kommunen berücksichtigte, gelang es, eine beachtliche Teilnehmerzahl von 58 Kommunen zu mobilisieren. Diese wollten die Chance nutzen, ihre eigenen Klimaschutzbemühungen mit strukturell vergleichbaren Kommunen zu messen. Viele dieser Kommunen nahmen auch am Nachfolgewettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ teil. Mit den beiden Fragebogen wurde ein deutschlandweiter Standard für das Benchmarking im kommunalen Klimaschutz gesetzt. Auch aus Kommunen, die sich nicht direkt an den beiden Wettbewerben beteiligt haben, erhält die DUH immer wieder Rückmeldungen, dass die Struktur der Fragebogen ausgezeichnet dafür geeignet ist, vor Ort eine erste Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen, um zukünftig das eigene Klimaschutzmanagement zu professionalisieren. Im Rahmen beider Wettbewerbe wurde das DUH-Team deshalb mehrfach gebeten, erarbeitete kommunale Klimaschutzkonzepte unter den Gesichtspunkten der Fragestellungen im Wettbewerb zu bewerten. Wir erhielten viele positive Rückmeldungen aus den Kommunen, dass sowohl die Wettbewerbsunterlagen als auch die Dokumentation guter Beispiele sehr viele inspirierende Anregungen enthalten, die direkt in die kommunale Praxis einfließen.

Ein sehr erfreuliches Ergebnis des Wettbewerbs „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ ist das hohe Engagement kommunaler Stadt- und Gemeindewerke für den Klimaschutz. Die Investitionen in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sprechen hier eine deutliche Sprache. Die Energieeffizienz wird vielerorts leider noch zu wenig als Dienstleistungsauftrag an Stadtwerke verstanden. „Wehrmutstropfen“ in diesem Zusammenhang ist allerdings die auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten fragwürdige Investition in den Neubau von Kohlekraftwerken seitens bestimmter Stadtwerke. Mancherorts tritt hier eine widersprüchliche, unter Klimaschutzgesichtspunkten kontraproduktive lokale Energiepolitik zu Tage. Ambitionierte Kommunen, die an unseren Wettbewerben teilgenommen haben, betreiben Klimaschutz mittlerweile sehr professionell, obwohl er keine kommunale Pflichtaufgabe ist. Trotz der BMU-Klimaschutzinitiative, die sehr viele Kommunen zu ersten Schritten im Klimaschutz vor Ort animiert hat, fehlt es dem kommunalen Klimaschutz in Deutschland noch an der notwendigen Breitenwirkung. Hier sind weitere Projekte auch seitens der Umweltverbände gefragt, die den Stellenwert des Klimaschutzes in Kommunen stärken.